

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Ostpreußen, 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Quartal.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Gold und Reiz“ mit „Gedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Reklamette 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt Wort 0,20 Goldmark (außerhalb des festgedruckten Wortes), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Wochenende 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Kernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295 Verlag: Donhoff 2506 2507

Mittwoch, den 19. März 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Poltscheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Tecklenburgerstraße 3

Konflikt im Dawes-Ausschuß.

Paris, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung über die zunehmenden Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb des Komitees Dawes ausgebrochen sind und die die Lösung der den Sachverständigen gestellten Aufgaben in Frage zu stellen scheinen, wird jetzt durch Mitteilungen der hiesigen Blätter vollständig bestätigt. Danach scheinen es vor allem zwei Fragen zu sein, die zu einem ausgesprochenen Konflikt zwischen den französischen und den englischen bzw. amerikanischen Sachverständigen geführt haben:

1. Die Frage der Finanzierung der von Deutschland während des Moratoriums zu leistenden Schieferungen sowie der Befreiung der Reparationskosten. Von den angelsächsischen Experten war dafür die Verwendung der durch die profitorientierte internationale Anleihe auszubringenden Mittel in Aussicht genommen. Von französischer Seite wird dagegen gefordert, daß diese Beträge, die auf etwa 600 bis 800 Millionen Goldmark jährlich zu veranschlagen sind, aus Ueberschüssen des deutschen Budgets flüssig gemacht werden sollen.

2. Die Frage der Festsetzung der von Deutschland vom Jahre 1923 ab, d. h. nach der Sanierung seiner Wirtschaft und seiner Finanzen zu leistenden Jahreszahlungen. Die Franzosen sollen dafür 3 Milliarden Goldmark in Vorschlag gebracht haben, was die englischen und amerikanischen Sachverständigen unter Hinweis darauf, daß diese Summe selbst die im Londoner Zahlungsplan vorgesehene Leistung übersteigen würde, abgelehnt haben sollen.

Neben diesen beiden hauptsächlichsten Konfliktpunkten aber scheint auch über andere Detailfragen eine Einigung bisher nicht möglich gewesen zu sein. Dazu soll nach dem „New York Herald“ u. a. die Frage der Besteuerung der von der Industrie und den Großbanken gemachten Inflationsergebnisse gehören, deren Höhe von den Sachverständigen auf etwa 10 Milliarden Mark geschätzt wird, deren Erfassung aber erhebliche Schwierigkeiten machen würde.

Nach dem „Temps“ kann mit ziemlicher Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß das Gutachten und die Vorschläge der Sachverständigen, deren Abschluß man nicht mehr vor Anfang April erwartet, unmittelbar nach ihrer Uebersendung an die Reparationskommission veröffentlicht werden sollen.

Neue Reise Schachts nach Paris.

Paris, 18. März. (E.B.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird entgegen früheren Meldungen nochmals nach Paris reisen, und zwar Ende dieser Woche.

Theunis' Programmrede.

Brüssel, 18. März. (E.B.) Ministerpräsident Theunis hat heute nachmittag in der belgischen Kammer die Erklärung des neuen Kabinetts vorlesen. Sie behandelt ausführlich die auswärtige Politik

und nimmt ferner zu der finanziellen Lage des Landes Stellung. Hinsichtlich der auswärtigen Politik sagte der Premierminister: Die gesamte auswärtige Politik der vergangenen Regierung war von dem Wunsch beherrscht, eine angemessene und praktische Lösung des Reparationsproblems zu erzielen. Lange Zeit hindurch hatte ich versucht, diese Lösung in verhältnismäßig Geste durch Besprechungen zu erzielen. Als das Kabinett aber festgestellt, daß Deutschland beabsichtigt, sich den Verpflichtungen des Versailler Vertrages zu entziehen, ergriff das Kabinett den schwerwiegenden Entschluß, sich an der Seite Frankreichs zwecks Ergreifung von Druckmitteln zu beteiligen. Das Problem ist heute in ein neues Stadium

eingetreten. Die Sachverständigen der verbündeten Mächte, zu denen sich amerikanische Sachverständige hinzugesellen, haben die Prüfung der Hauptbestandteile des Problems in Angriff genommen. Wir werden unerlässlich die Ansprüche, was wir als rechtmäßig, unerlässlich und vereinbar mit praktischen Möglichkeiten halten. Die Ereignisse scheinen übrigens unsere Anstrengungen zu begünstigen. Es scheint, daß man

zum ersten Male seit dem Waffenstillstand Optimismus an den Tag legen darf. Die Lösung des Reparationsproblems hängt aber nicht nur von der Ausarbeitung eines bestimmten Planes ab, ihr Gelingen liegt vielmehr in dem einen Wort „Zusammenarbeit“. Das Einvernehmen zwischen den Verbündeten ist die notwendige Voraussetzung zu einer prompten und zufriedenstellenden Lösung. Daher waren wir auch stets und werden auch ferner bemüht sein, eine innige und aufrichtige Uebereinstimmung der Gesichtspunkte zu verwirklichen. Noch wie vor bietet die Zusammenarbeit die beste Garantie für die Sicherheit und den definitiven Frieden. Die Arbeiten der Sachverständigenkomitees in Paris schreiten fort. Der Bericht, an dem sie gegenwärtig arbeiten, wird in einigen Tagen eingebracht werden.

Wahrscheinlich wird er mit Ungeheuer erwartet.

Unmittelbar darauf werden Besprechungen eröffnet, die für unsere Zukunft von schwerwiegender Bedeutung sind. Die belgische Regierung muß, um im Verlaufe dieser Besprechungen die Rolle zu spielen, die ihr die Interessen der Nation vorschreiben, auf die Unterstützung und das Vertrauen des Parlamentes rechnen können. Ich bitte Sie, ihr dies vorbehaltslos zu bewilligen.

In der zweiten Hälfte seiner Erklärung ging Theunis ausführlich auf die

Finanzlage Belgiens

ein. Er erinnerte daran, daß der ordentliche Haushalt ausgeglichen sei und außerdem ein Ueberschuß von 500 Millionen Franken an Einnahme übrig bleibe, die zur Deckung des außerordentlichen Budgets verwendet werden können. Andererseits müsse eine neue Anstrengung zur Ausgleichung des Budgets der Reparationen unternommen werden. Belgien habe bereits 700 Millionen Franken zur Bezahlung der Zinsen der nationalen Wiederaufbauanleihen aufbringen müssen. Zum Schluß kündigte Theunis seine Absicht an, bis zur Ausgleichung des Reparationsbudgets und der Einzahlung der deutschen Beträge vom Parlament neue Steuern in der Höhe von 400 Millionen zu erwirken. Er bemerkte dabei, daß Belgien jährlich ungefähr 1200 Millionen Franken an Zinsen und Pensionen habe aufbringen müssen, die Deutschland hätte bezahlen sollen.

Frankreichs Heer.

6 Divisionen im Rheinland.

Paris, 18. März. (E.B.) Die Kammer beschäftigte sich heute nachmittag mit der Frage der allgemeinen Organisation des Heeres. Der Berichterstatter teilte mit, das Heer, das Frankreich unterhalte, solle nach dem vorliegenden Gesetzentwurf in 32 Divisionen eingeteilt sein. Dazu kommen Spezialgruppen, wie Artillerie, Luftgeschwader, Kampfgeschwader und die allgemeine Reserve. Das Heer soll in 16 Armeekorps eingeteilt sein. Sechs Divisionen unter drei Armeekorpskommandanten werden im Rheinland garnisoniert werden, der Rest wird im Inneren Frankreichs auf 13 Armeekorps verteilt. Frankreich selbst wird in 60 Mobilisierungsbezirke eingeteilt, so daß also jedem Armeekorpskommandanten in seinem Bereich ein oder mehrere Mobilisierungsbezirke unterstellt werden.

Der Berichterstatter sagte weiter: Die Grenzarmee habe den Zweck, Frankreich ein Friedensheer zu geben, durch das es in Land geföhrt werde, jederzeit eine starke Schlachtfrente auf dem rechten Rheinufer zur Verfügung zu haben. (Bewegung auf verschiedenen Seiten.) Diese Armee habe keinen Anspruch darauf, sich selbst zu genügen, sie würde also bei der Organisation nicht von den Rechten der nationalen Armee isoliert werden.

Kritische Stunden für Macdonald.

London, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) In den Kreisen der Londoner Liberalen herrscht entschieden der Wille, der Regierung auf dem Wege zum Minimallohngesetz für den Bergbau nicht zu folgen. Falls die Regierung darauf bestohe, sei ihr Sturz unabwendbar. Andererseits wird nicht verkannt, daß der Regierung im Lager der Bergarbeiter und in der einzelnen Partei große Schwierigkeiten entstehen würden, wenn sie dieses Gesetz jassen lasse. Die Situation ist also für das Arbeiterkabinett durchaus kritisch.

Dieses verläutet, daß die Regierung nicht daran denke, aus einer Ablehnung des Gesetzes über die Minimallohne die Konsequenzen zu ziehen. Nur dann würde die Regierung bereit sein, abzutreten, wenn sie selbst in Verbindung mit dem Gesetz die Vertrauensfrage stelle und damit unterliegen werde.

Am Donnerstag werden die Grubenherren abermals mit den Arbeitervertretern zusammentreffen, um eine Verständigung zu versuchen.

Unterhausdebatten über Singapur.

Erklärungen Ammans und Macdonalds.

London, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat sich entschieden, den Plan für den Ausbau der Flottenbasis in Singapur, wie er von der Regierung Baldwin aufgestellt wurde, nicht durchzuführen. Der parlamentarische Sekretär der Admiralität Amman erklärte am Dienstag im Unterhaus, daß die Regierung mit besonderer Gründlichkeit auch unter Berücksichtigung der strategischen Gesichtspunkte den Plan nochmals überprüft hat und nach eingehenden Besprechungen mit den überseeischen Regierungen der Dominien zu dem Entschluß gekommen sei, den Ausbau von Singapur zu unterlassen. Amman fügte hinzu, daß die Regierung sich in erster Linie von der Verteidigungsstellung zu diesem Beschluß habe leiten lassen. Sie wolle der Welt zeigen, welche Opfer sie dem Wunsch auf Abrüstung bringe. Jeder Ansehens einer offenen Politik oder einer Provokation ausländischer Mächte müsse vermieden werden.

Später nahm auch Macdonald das Wort. Er begründete ebenfalls die Entscheidung der Regierung und erklärte, daß Singapur bereits völlig ausreichende Hafenanbauten besitze. Eine gewisse Erweiterung des Hafens sei zwar nicht zu umgehen. Immerhin dürften diese kleinen Ausbauten die Vereinbarungen der Washingtoner Konferenz hören. Für den Fall, daß große Marinereifungen im Stillen Ozean aufstreten würden, wäre vom Standpunkt der englischen Marine aus natürlich Singapur der Platz, an dem größere englische Dockanlagen errichtet werden müßten.

Valutawahlen in Dänemark.

P. V. Kopenhagen, den 14. März.

Der dänische Reichstag ist aufgeflogen, schneller und plötzlich als man dachte. Der gesammelte Valutaplan, den die liberale Regierung Neergaard im letzten Moment vorlegte, scheint nicht viel mehr als ein parlamentarisch-taktisches Kunststück gewesen zu sein: um im Falle der Ablehnung der Regierung einen günstigen Abgang und eine gute Wahlparole, die der Opposition die Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer Kronenstabilisierung zuschiebt, gewesen zu sein. Indes ist das Vorgehen der Regierung, die ihren Plan nicht auf dem üblichen Weg im Folkething vorlegte, sondern als Entwurf den Parteiführern unterbreitete und diese aufforderte, von ihrer Partei aus ebenfalls einen Valutahilfsplan auszuarbeiten, nicht zu deuten. Zwar parierte die Opposition; Radikal-Bürgerliche und Sozialdemokraten erklärten sich zur Umarbeitung des Valutaplanes der Regierung bereit, aber die Regierung mußte trotzdem gehen, denn ihre bisherige Stütze, die Konservativen, fanden an dem Regierungsplan plötzlich fast noch mehr auszuweichen als die eigentliche Opposition, und vor allem, die einzelnen Regierungsmitglieder trieben in öffentlichen Versammlungen jeder seine eigene Politik, die von dem Ministerpräsidenten nur so unter seine Politik gebracht werden konnte, daß er sie desavouierte. Die einzige Einigkeit im Ministerium war schließlich die, am 11. April neu wählen zu lassen und als Programm für Wahlagitator und Zusammensetzung des neuen Parlaments vorzuschreiben: Wie werden Dänemarks finanzielle und wirtschaftliche Beschwerden geheilt? Und jede Partei tritt mit ihrem wirtschaftlichen Rezept werbend vor das Volk.

Diese Schilderung wurde absichtlich für das deutsche Volk als eines der noch unbeholfensten im parlamentarischen Kampfe wiedergegeben, um zu zeigen, bis zu welcher geradezu advokatischen Art sich parlamentarische Strategie und Taktik in Dänemark ausgebildet haben. Aber trotz oder gerade infolge dieser Reise — wenn nicht Ueberreise — der parlamentarischen Formen trägt der Wahlkampf deutlicher als je das Gepräge des Klassenkampfes.

Die Konservativen als Vertreter der Bauernschaft schlagen als Stütze für die Krone vor: Goldzoll, der allerdings den Konsum der Massen zu knebeln imstande ist, während er den Produkten der Landwirtschaft höhere Preise sichert. Die Liberalen als Vertreter der Großfinanz und der Industrie stehen hinter dem Regierungsplan, der eben alle finanzielle Valutamahnahmen der Großfinanz in die Hände geben will und durch Erhöhung einer Reihe indirekter Steuern und eine Art Schutzoll für gewisse Industrien Finanz und Industrie gleichermaßen auf Kosten der breiten Masse sichert. Die Radikal-Bürgerlichen, die ihre Wähler aus der Intelligenz, dem kleinen Bauernstand und dem Handel holen müssen, lehnen die den Mittelstand belastenden indirekten Steuern, die den Handel erschwerenden Zollmaßnahmen ab und setzen für die einheitlichen direkten Einkommensteuererhöhungen zur Schaffung einer inländischen Valutaanleihe eine progressive Einkommensteuererhöhung.

Die Sozialdemokratie als Vertretung der Arbeiterchaft und gleichfalls Werber um den Mittelstand verwenden auch die indirekten Steuererhöhungen, wandeln die Zollvorschlüge in eine Importregulierung um und nehmen der Großfinanz die Valutamahnahmen aus der Hand durch die Forderung eines „Oekonomierats“, der, zusammengesetzt aus allen Erwerbszuständen, auch den Arbeitern und dem Staat, die Börsenspekulation in Art der tschechischen Valutazentrale regeln und die Importregulierung ohne Schaden für die Wirtschaft und die Arbeiterchaft ordnen soll. Statt der Valutastützungseinkommensteuer verlangen sie eine Vermögensabgabe, gesteigert, von allen Vermögen über 50 000 Kronen.

Da die Außenpolitik den Parteien keine großen Probleme und Angriffsflächen bietet — in der nordischeswischen Frage stehen alle außer den Konservativen für die gegenwärtige Grenze, die Auseinanderziehung mit Norwegen über Grönland hat kein tieferes allgemeines Interesse — wird der Wahlkampf in diesem reinen Klassenkampfcharakter ausgefochten werden. Die Sozialdemokratie wird als Angreifer weiterhin auftreten in der Frage einer ausreichenden allgemeinen Altersrente, in der Forderung einer auf sozialistischen Prinzipien gebauten Bodenreform und einer Wohnungsgesetzgebung auf allgemeinwirtschaftlicher Grundlage. Gutes Material für ihre weitere Forderung einer Umwandlung des dänischen Militärs in eine reine Polizeitruppe und damit Ersparung des 60-Millionen-Kronen-Militäretats liefert ihr eine eben stattgefundenen Offiziersdiskussion — in Dänemark dürfen die Offiziere ein freies, kritisches Wort wagen —, in der höhere und höchste Offiziere mehr oder weniger das augenblickliche Militärsystem als keinen Krieg gewachsen bezeichneten, und der Redner des Abends, ein Offizier, sich — zum Völkerrundgedanken und zur allgemeinen Abrüstung bekannte!

Der Ausgang der Wahl wäre gewiß, wenn er von der Sozialdemokratie abhängen würde. Diese musterte 1923 trotz der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Bruches einen Zuwachs von mehr als 5000 Mitgliedern, so daß sie nun 132.000 Mann in ihren Reihen zählt. Bei den ca. 3 Millionen Einwohnern Dänemarks eine beachtliche Stärke. Aber da unsere Bruderpartei nur Mandatszuwachs, aber keine absolute Mehrheit erringen kann, hängt die zukünftige Regierung Dänemarks davon ab, wie die Radikal-Bürgerlichen gegenüber den Liberalen abschneiden. Steigt ihre Mandatszahl, so daß sie mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit erhalten, so kann — nach allen Anzeichen radikaler Führer über ein etwaiges Zusammenregieren mit der Sozialdemokratie ist kein Zweifel daran — an einem Wechsel der Regierung von dem sehr rissigen konservativ-liberalen Block zu den Sozialdemokraten und Liberalen kein Zweifel sein. Die kleinen Parteien, deutsche Schleswigerpartei, Landmannspartei, Kommunisten, spielen keine Rolle in dem Endergebnis. Die deutschen Nordschleswiger bekommen wahrscheinlich das eine Mandat, das sie bisher besaßen, wieder, vielleicht eins dazu; die Kommunisten werden sich infolge der Geschlossenheit und Ablehnung aller radikalen Phrasologie wahrscheinlich auch weiterhin den dänischen Reichstag von außen ansehen können, wenn sich von ihnen ein Kandidat mit Mühe durch die Fiktionsskläre quetscht, so können sie dafür den Kopenhagener Spekulanten und der bisherigen tafflosen liberalen Regierung ein Moskauer Dankkreuz zusenden.

Die dänische Sozialdemokratie hat nicht nur in Wahlversprechungen, sondern mit feiten und klaren Formeln die Absicht, Dänemark von dem geborstenen Pfeiler des freien Spiels der Kräfte, das die Krone weit unter den inneren Wert der dänischen Wirtschaft gedrückt hat und das Land unter Teuerung und Arbeitslosigkeit stöhnen läßt, auf seine gesunden Füße zu stellen: Arbeit und aufbauende, sparsame Wirtschaft! Sie erfüllt damit sowohl eine im Interesse der Arbeiterschaft aller mit Dänemark im Austauschverhältnis stehenden Länder — so Deutschland — liegende, wie eine im besten Sinne nationale Aufgabe. Darum hat gerade die deutsche Republik, deren einzige Aufschwungsmöglichkeit friedliche und gute Handelsbeziehungen sind, und die schon vor dem Kriege in Dänemark einen guten Käufer und Lieferanten hatte, allen Grund, ihr höchsten Erfolg zu wünschen!

„Ich hab' mir nichts dabei gedacht!“

Ludendorff als ertappter Schulbube.

Die Rolle, die der „große Feldherr“ im Münchener Prozeß spielt, wird immer kläglich. Vergleicht man seine mehrstündige Antrittsvorlesung in ihrem ebenso kunterbunten wie arroganten Durcheinander von unerdauten Beschränkten und politischer Konnektionen mit den Erklärungen, die er am Dienstag in den Schlussverhandlungen abgab, so muß man sagen: Erbärmlicher hat kaum jemand vor dem Richter gekniffen, wie dieser Nationalheld aller Völkchen!

Wie ist es überhaupt möglich, daß dieser General, dem seine Anhänger eine hündische Verehrung entgegenbringen, der sie um die Wette anzeigeln, von dessen Zustimmung sie das Gelingen ihrer ganzen Wuttschläge abhängig machen — wie ist es möglich, daß er vor Gericht erklärt, er hätte sich einmal dies, dann jenes, und schließlich gar nichts bei der Sache gedacht! Ein beim Kspelmaulen ertappter Schulbube kann sich vor seinem Lehrer auch nicht anders benehmen, als dieser „Feldherr“ vor dem Gericht der Öffentlichkeit.

Da steht der Hitler in seiner ganzen Redseligkeit und versichert, er kenne auch heute noch keinen anderen militärischen Führer als Ludendorff. Für ihn und seine Leute sei Ludendorff der Mann, der Deutschland „befreien“ muß. Er allein hat den Namen und die Fähigkeit dazu.

Und daneben der Ludendorff: Ich habe mir damals das gedacht; dann dieses und wieder ein andermal jenes.

„Graf Flohbiß de Poporino.“

Von Erna Büling.

Ort der Handlung: Lugas-Rino. Frau Albelannt, mit ihrer zur Rundung neigenden Körperlichkeit das Postier sichtbar drückend, ist wohlheraus in ihrem Sessel. Sie sieht sich nur Gesellschaftsfilme an, weil die „immer dem Leben entnommen sind und man aus ihnen etwas lernen kann“. Das Orchester spielt „Die Sterne am Himmel“ nach dem „Kosmosplan“ und dann geht der Vorhang hoch. Frau Albelannt verspürt einen leisen Zug von der Bühne her, und sie knüpft ihr teures Stintier (sprich Stunks) eng um den Hals.

1. Akt. Edith Meier ist der Sonnenschein ihrer Mutter, einer gutstulierten Dame. Graf Flohbiß de Poporino, ein gereifter Mann, ist ein häßlicher Gast im Hause. Zwischen ihm und Edith besteht ein wahres Freundschaftsverhältnis, behütet und bewacht von den gütigen Augen der Frau Mutter. Edith ist ein allerliebster Schelm. Sie laut einen Kapsel und wirft das Kerngehäuse ihrem Hund auf den Kopf. Edith lacht, die Mutter lächelt holdselig, der Graf lächelt innig. Der Vorhang fällt.

Frau Albelannt lächelt gerührt und nachdenklich in sich hinein und das Stintier wackelt mit dem Kopf.

2. Akt. Edith, zur Jungfrau erblüht, bemerkt, daß aus der Freundschaft des Grafen Liebe geworden ist. Sie liebt ihn mit der ganzen Hingabe ihrer keuschen Mädchenleste, aber sie will nicht, daß er eine unstandesgemäße Ehe eingeht. Sie hat zu viel jungfräulichen Stolz, um ertragen zu können, daß es in der Gesellschaft heißt, der Graf Flohbiß de Poporino heiratete nur eine einfache Meier. Edith liebt den angebeteten Mann aufrichtig und darum bringt sie das größte Opfer, nämlich das der Entlozung. Sie entleht auf einem Motorrad. Der Vorhang fällt.

Frau Albelannt seufzt tief und sie lästet die Umklammerung des Stintieres.

3. Akt. Krieg bricht aus. Marschierende Soldaten, Menschenmengen und im Orchester Blodengeläut und Trommelwirbel. Graf Flohbiß de Poporino nimmt von Edith Abschied hinterm Gartentor. Der edle Graf möchte am liebsten die holde Mädchenleste jetzt an sich reißen, aber nein, seine Liebe ist zu groß und rein, er macht keine Kriegstraumung. Er könnte doch draußen zum Krüppel geschaffen werden und dann wäre Ediths junges Leben an das eines sterbenden Mannes gefesselt. Der Graf Flohbiß de Poporino bezieht sich und scheidet mit einem hochachtungsvollen Handkuss. Das Orchester spielt: „Es ist bestimmt in Gottes Rat.“ Der Vorhang fällt.

Frau Albelannt blüht vor Rührung die Näster, wie ein Nachkommenspferd, das frischen Klee riecht, und das Stintier rutscht über ihre Schuftern.

4. Akt. Kriegsschauplatz. Welchen braver Soldaten (Soldaten sind immer brav, wenn sie tot sind) liegen als höchst wirkungsvolle

Bis schließlich sogar der ach so lammesgeduldige Vorstehende ungeduldig wird und knurrig fragt: Was haben Sie sich denn eigentlich gedacht?

Man kann sich in die Gedankenwelt von Menschen versetzen, die der Meinung sind, nur ein gewaltiger Aufstand könne eine Besserung vorhandener Zustände bringen, und die mit vollem Bewußtsein auf einen solchen bewaffneten Putz hinarbeiten. Das mögen politische Kinder sein, aber man muß unter Umständen ihre Ehrlichkeit und ihren ernstesten Willen anerkennen. Aber daß ein Mann wie Ludendorff, der einst der militärische Diktator eines ganzen Volkes in Waffen war, jetzt, da er zum zweiten Male beim Putze betroffen wurde, so erbärmlich kneift, daß er sich auf die Kinderformel zurückzieht: er hätte sich eigentlich in der entscheidenden Stunde gar nichts gedacht, sondern sei nur mitgelaufen, weil man ihn geholt hatte — das ist beschämend sogar für seine Gegner! Der Mann, der am Brandenburger Tor morgens um 6 Uhr in voller Generalsuniform „rein zufällig“ spazieren ging, war schon eine komische Figur. Der Mann aber, der nach solchem Erlebnis noch einmal putzte und dann wieder von allem nichts gewußt haben will, ist einfach unmöglich. Oder sollte es sein! Freilich werden ihn seine juristischen Berater über den besten Weg informiert haben, auf dem er sich aus den Paragraphen-Ängeln befreien könnte, nachdem selbst ein Hindenburg es nicht fertig gebracht hätte, ihn von der Anklagebank fernzuhalten. Aber diese Verusche, sich herauszuschwindeln, sind doch so unsäglich kindisch, daß man nur sagen kann: Pui Teufel!

Die Dispositionen im Hitler-Prozeß.

Mit den letzten Vernehmungen der Angeklagten ist gestern der Beweis aufnahme abgeschlossen worden. Nach dem Abschluß der Beweis aufnahme wurde die Sitzung gestern um 1 Uhr geschlossen. Man unterhielt sich 1½ Stunden lang hinter verschlossenen Türen über die Frage, ob die Plädoyers in voller Öffentlichkeit oder in geheimen Sitzungen stattfinden sollen. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Der heutige Mittwoch ist des katholischen Feiertages wegen sittingsfrei, ebenso der Donnerstag, um den Vertretern der Anklage Gelegenheit zur Vorbereitung ihrer Plädoyers zu geben. Die nächste Sitzung beginnt am Freitag vormittag mit dem Plädoyer des Staatsanwalts. Vorher dürfte dann voraussichtlich der Gerichtsbeschluss verhandelt werden, ob für die Plädoyers die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird oder nicht. Die Verteidiger haben gegen den Ausschluß energischen Widerspruch erhoben und haben verlangt, daß sie in voller Öffentlichkeit plädieren dürfen. Am Freitag plädieren die beiden Staatsanwälte, am Sonnabend R. A. Roder für Hitler, am Montag die Rechtsanwälte Holl und Meyer für Dr. Weber sowie R. A. Sabemann für Kriebel, am Dienstag die Rechtsanwälte Roder und Hemmeter für Pöhner, Justizrat Schramm für Röhren und Justizrat Bauer für Oberleutnant Permet, am Mittwoch R. A. Götz für Oberleutnant Friedl, R. A. Hemmeter für Beutnant Wagner und schließlich am Donnerstag die Rechtsanwälte Dr. Lutzbrunn und Justizrat v. Jeschowitz für Ludendorff. Fast alle Angeklagten haben bereits erklärt, daß sie auf ein Schlusswort verzichten, nur Hitler (!) hat für den Schluss eine große politische Rede bereits angekündigt. Das Urteil ist für Montag, den 31. März, zu erwarten, also zum letzten möglichen Termin, da bekanntlich mit dem 1. April die bayerischen Volksgerichte aufgehoben sind.

Eine Falschmeldung.

Die Expreß-Korrespondenz verbreitet folgende Meldung aus München:

Wie verlautet, ist der bisherige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt in München Sängler auf dem Nürnberger Parteitag aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Der Grund seines Austritts war die Haltung der Partei zur Kriegsschuldfrage und zum Bazillismus.

Wie wir durch telefonische Anfrage bei dem Genossen Sängler festgestellt haben, ist an der Meldung nur richtig, daß Genosse Sängler auf einer Bezirkskonferenz in Nürnberg vor sechs Wochen einen Vortrag gehalten hat. Er denkt selbstverständlich nicht daran, aus der Partei auszusteigen. Die Meldung embleht also jeder tatsächlichen Grundlage.

Deforation am Weg, über den Seine Majestät geht. Bewunderte schreien hurra. Seine Majestät schreiet auf Graf Flohbiß de Poporino zu, der Majestäts jüngsten Sohn vom Heldenort ererbt hat und bestet ihm einen Orden an die Heldenbrust. Im selben Augenblick kommt die Feldpost und der Graf hält einen Brief von Edith in der Hand. Der Vorhang fällt.

Frau Albelannt ist schaufrüht. Sie lächelt sich mit ihrer Polzboos Lust zu, greift noch lächelnden Früchten, die eine kleine Verkäuflerin feilbietet und „Ausgerechnet Bananen“, denkt das Stintier.

5. Akt. Einzug der Soldaten. Ehrenportien, weißgekleidete Jungfrauen und Rüdertissen mit eifernen Kreuzen. Frau Meier hat ein Gebetnis entfällt. Edith ist nicht ihre Tochter, sondern eine Gräfin Klauvel, die sie einfach erzog, damit einst ihr Gatte sie um ihrer selbst willen und nicht ihres Geldes und Namens wegen, freie, hochzeitgladent erklänge und Graf Flohbiß de Poporino und Gemahlin Edith, geborene Gräfin Klauvel, werfen Geldmünzen unter bettelnde Kinder. Im Orchester singt eine Nachtigall Jey, Jey. Der Vorhang fällt.

Frau Albelannt verliert besetzt und gerührt das Lugas-Rino. Das Stintier wird lose um den Hals gelegt.

Auf der Straße steht sie einen Kriegsblinden, den kein Hund führt. Sie sieht, ohne helfend einzugreifen, ruhig zu, wie der Hund ihn und sich mißköpft über den Damm bringt. Dann denkt sie gerührt: „Ach, nein, wie klug doch solch Hundchen ist“. Das Stintier ist auf die Erde gefallen, ein Bettelstunde hebt es auf, gibt es seiner Besitzerin und Frau Albelannt sagt laut: „Schrecklich, daß gerumpelte Jungen sich in solch vornehmer Gegend herumtreiben“.

Lady Frederic.

Es wäre verfehlt zu glauben, daß der Vorkämmerer des Kurfürstendamms nur in Berlin weht. Bei seinem Studium der dramatischen Weltliteratur schürfte Herr Direktor Robert den englischen Dichter William Somerset Maugham auf, dessen Lustspiel „Lady Frederic“ eigens für das erquisite Theater am Kurfürstendamms geschaffen scheint. In dem Stück summiert die vornehme Atmosphäre der eleganten Underthebanne. Da es außerdem durch hierzulande originelle Einfälle ausgezeichnet ist, erzielte es bei der gestrigen Premiere in diesem Theater großen Beifall, dessen Lautheit nur durch die verpflichtende Berlin-WB-Blasfheit gedämpft war.

Um Lady Frederic, deren Ruf infolge fortgeschrittenen Lebenswandels etwas abgemittelt ist, bemüht sich ein knobentaster Jüngling, ein Lord, der zehn Jahre jünger als die Lady ist. Die drohende Mißheirat verliert seine sorgende Mutter (non Abels Sandrol mit hochwohlgeborener, reich lächerlich wirkender angestauter Grandezza kunstvoll dargestellt) zu hinterreiben, indem sie dem Sohn ihre lebhaft vergangenheit ausbedet. Damit erreicht sie aber, wie ihre lebenskundiger Bruder richtig vorhergesehen hat, das Gegenteil. Der in allen Künsten der Menschenbehandlung erfahrenen Lady Frederic gelingt es, den vertriebenen Jungen mit einer im

Die Angst vor den Folgen.

Das rheinische Zentrum und der Wahlausruf.

Während die „Germania“ sich über die Kritik, die der Wahlausruf des Zentrums erfahren hat, ausschweigt, tut die „Kölnische Volkszeitung“ sehr empört darüber, daß der „Vorwärts“ an dem Aufruf Erhebliches auszusetzen hat. Wir können den Jörn des rheinischen Zentrumblattes verstehen, da die katholischen Arbeiter in Rheinland und Ruhrgebiet die Zweispaltigkeit des Zentrums seit langem fast haben. Noch außen hin hängt es sich nach wie vor ein soziales Mäntelchen um, während es nach innen den Übergang ins reaktionäre arbeitseindliche Lager mit aller Macht vorbereitet. Diese Schwermung soll natürlich bis nach den Wahlen möglichst unbemerkt bleiben, da das Zentrum die Kräfte der katholischen Arbeiterschaft gebraucht, um in das Parlament einzuziehen zu können. Die Arbeiter im Westen haben allerdings bereits Bunte gerochen, wie die Abspaltung vom Zentrum beweist. Aus Furcht vor weiteren Abspaltungen zeigen sich die Herren deshalb außerordentlich nervös, wenn man den Finger in die Wunde Stelle legt.

Faktisch weiß die „Köln. Volksztg.“ nicht viel auf die Angriffe des „Vorwärts“ zu erwidern. Sie findet die Einführung der Schulpflicht ganz in der Ordnung und bezichnet sie als eine nationale Aufgabe und eine Lebensfrage des Volkes. Das sind Phrasen, mit denen man alles decken kann. Wie aber die Masse des Volkes bei den Hungerlöhnen und der Arbeitskrise das Kunststück fertig bringen soll, den Großagrariern auch noch Sondersteuern zu zahlen, das verschweigt das Blatt. Es weiß weshalb. Hat doch die „Deutsche Tageszeitung“ bereits dem Zentrum angesichts des Schutzlokauftrags versprochen, es nach den Wahlen in den deutschnationalen Rechtsblock aufzunehmen!

Wenn die „Köln. Volksztg.“ in der bayerischen Frage der Sozialdemokratischen Partei den Vorwurf macht, sie habe sich im entscheidenden Augenblick der Verantwortung entzogen, während das Zentrum Demokratie und Staatsautorität gerettet habe, so ist es kaum nötig, auf die bewußte Irreführung einzugehen. Die Sozialdemokratie ist seinerzeit aus der Regierung ausgetreten, weil sie die Entscheidungsfähigkeit der bürgerlichen Ausschussrepublikaner, der bayerischen Schwelmererei endlich einmal ein Ende zu machen, nicht länger auf ihre Kappe nehmen konnte. Wie recht die Sozialdemokratie hatte, wenn sie ein energisches Vorgehen gegen Bayern forderte, beweisen der Novemberputz der Ludendorff und Hitler und der Münchener Konstreprozeß.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Kabinettsrat des Landtags beriet am Dienstag vor der Vollziehung über die Geschäftstages. Nach Erledigung der Tagesordnung am Dienstag sollen in dieser Woche noch eine Reihe von Gegenständen erledigt werden, darunter als wichtige Vorlagen der vom Staatsrat beschlossene Entwurf zur Änderung des Grundsteuergesetzes, ferner die Vorlage über die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen, über Jugendwohlfahrt, Eingliederung des Landeswasseramtes in das Oberverwaltungsgericht. Das Haus geht sich dann am Freitag bis nach Ostern zu vertagen, da vorher der Haushalts aller Voraufricht nach wegen seiner Durchberatung im Staatsrat dem Landtag noch nicht vorliegen wird. Möglichenfalls ist für den 8. bis 11. April noch ein kurzer Tagungsabschnitt in Aussicht genommen.

Die Abbaupraxis der Regierung.

Amlich wird gemeldet: Das Reichskabinett hat beschlossen, daß gegen die Entlassung aus dem Reichsdienst oder die Verlegung in den einflussigen Ruhestand auf Grund der Personalsabbauordnung den Beamten grundsätzlich ein Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Dieses Einspruchsrecht soll auch für bereits durchgeführte Entlassungen gelten, soll aber nur Beamten und nicht Angestellten zugehen. Die näheren Einzelheiten werden durch die beteiligten Ressorts noch bestimmt werden.

Augenblick erfundenen Geschichte von ihrer Untadelhaftigkeit und gleichzeitig ihrem edlen Herzen zu überzeugen. So unwahrscheinlich die Geschichte auch klingt, er glaubt sie, weil er verliebt ist, und macht ihr vor der Mutter einen Heiratsantrag. Sie aber ist tatsächlich edler als man glaubt. Obwohl sie durch immense Schulden zu einer reichen Heirat gezwungen ist, nimmt sie ihren Vorteil nicht wahr, sondern heißt den jungen Lord von seiner Verliebtheit, indem sie ihn des morgens in ihrem Boudoir empfängt und sich vor seinen Augen die falschen Haare ansetzt und den blühenden Teint aufträgt (Das erkaunte Entsetzen des Lords wurde von Wolfgang Jilzer prachtvoll jungenhaft gespielt.) Bis der lebenskundige Onkel mit Hilfe seines Scheckbuches die finanziellen Schwierigkeiten von Lady Frederic aus der Welt schafft und ihr Herz und Hand bietet, ist alles in bester Ordnung.

Das recht vergnügliche Stück ist ein im Grunde rührfamer Familienroman mit mondänen und wühligen Zügen, der recht wohl als eine Abendunterhaltung gelten kann, besonders für das Publikum des Kurfürstendamms, das in der Welt, in der man nichts tut, vielleicht zu Hause ist. Ich persönlich kann über die Lebenswahrheit eines Millers, in dem das Geld nicht erworben wird, sondern in dem das Scheckbuch alle Schwierigkeiten aus der Welt räumt, nichts ausagen.

Die Vorstellung klappte famos. Im Mittelpunkt stand Leopold von Konstantin, auf deren Leib die Rolle der Lady Frederic zugeschnitten ist, sie bestet eine vollendete Dame von Welt vor mit Schärmei, Ueberlegenheit und auch mit Anmut. Heinrich Schrotz gab einen bliesierten Lebemann, nicht ohne ab und zu langweilt zu wirken. Wilhelm Diegelmann war ein polternder Gastaff im Emolung. Ernst Degner.

Das größte Aquarium der Welt. Das Aquarium des Pöndner Zoos, das demnächst feierlich eröffnet werden wird, ist das größte und schönste Institut dieser Art, das bisher errichtet wurde. Jeder der 95 riesigen Schaubehälter, in denen sich die Welt der Wassertiere entfaltet, ist ein fesselndes Bild für sich. Den Hintergrund dieser Wasserlandschaft bilden Felsen und Steine, Schlingpflanzen und Baumwurzeln, die von weit her zur Ausschmückung der Behälter herbeigebacht wurden. Sie und da sind Höhlen unter Wasser angelegt, in die man wie in geheimnisvolle Tiefen durch das grüne Glas hineinschaut. Das Aquarium ist 450 Fuß lang und enthält eine Salzwasser-, eine Süßwasser- und eine tropische Abteilung. Die Schöpfer des Aquariums, die beiden Zoologen Baulinger und Chalmers Mitchell, haben die schönsten existierenden Aquarien, darunter auch das Berliner, eingehend studiert und auf Grund ihrer Erfahrungen die neue Anlage geschaffen, die 54.000 Fbd. kostet. Die Einrichtung dieses „Wasserparks“ sticht auf manche unerwartete Schwierigkeiten. Das Seewasser wurde zu Schiff vom Golf von Biscaya nach den Londoner Docks gebracht und dann mit Hilfe riesiger Röhren in das Aquarium geleitet. Dies Wasser wird infolge sachgemäßer Behandlung mehrere Jahre in dem Aquarium bleiben können. Die Größe der Behälter, deren größter 30 Fuß hoch und etwa 350 Hektoliter umfaßt, machte die Wahl eines Gases nötig, das diesem gewaltigen Druck Widerstand leisten konnte. Dem hatte man zunächst kein Glück. Eines Tages wurde der Jost durch die Nachricht in Aufregung versetzt, daß einer der größten Tanks zerbrochen sei. Es war ein dramatisches Schauspiel, als

Bayerischer Volksentscheid am 6. April.

München, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayerische Landtag in seiner Schlussitzung am Montag das Volksbegehren auf Änderung der Verfassung abgelehnt hatte, weil mit 72 Stimmen für und 68 Stimmen gegen die Verfassungsänderung die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht worden war, muß nun dieses Volksbegehren nach der Verfassung der Entscheidung des Volkes unterbreitet werden. Das Staatsministerium hat bereits, wie aus einer Verfügung im „Staatsanzeiger“ ersichtlich ist, diesen Volksentscheid auf den 6. April, also auf den Tag der Neuwahlen zum Landtag, anberaumt. Dabei ist über folgende Fragen zu entscheiden: „Soll folgendes Verfassungsgesetz erlassen werden? Der im ersten Halbjahr 1924 neu gewählte Landtag ist ermächtigt, ein Gesetz zur Umgestaltung der bayerischen Verfassung mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder zu beschließen.“ Die Stimmzettel für die Landtagswahl und die Volksentscheidung sind zusammen mit einem Wahlumschlag abzugeben.

Kleine Vorlagen im Landtag.

In der gestrigen Landtagsitzung brachte Abg. Schulz-Neuß (Komm.) einen Antrag ein, wonach der Landtag seine sofortige Auflösung beschließen soll. (Große Heiterkeit.)

Der Präsident Leinert erklärte die sofortige Beratung dieses Antrages für unzulässig.

Der Hauptauschuss hat hinsichtlich der Neubauten auf der Berliner Museumsinsel beschlossen, dem Landtag die Durchführung der Neubauten ohne Abstriche zu empfehlen; die Mittel sollen durch eine Lotterie nach dem Muster der Kölner Dombau-Lotterie aufgebracht werden.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) empfiehlt diesen Weg als den geeignetsten. Erforderlich sei ein fruchtbares Zusammenarbeiten der Kunstschaffenden mit den staatlichen Organen.

Abg. Kimmel-Berlin (Dnat.) erklärt, daß der Landtag über diese Baufrage in den Vorjahren schon informiert worden sei. Die Vorwürfe gegen die Bauleitung seien durchaus unberechtigt.

Abg. Dr. Schwerling (Z.) bezeichnet den Bau als ein gewaltiges nationales Bauwerk, das u. a. den Schatz der pergamentenen Altartümer aufnehmen soll. Der Bau müsse ausgeführt werden.

Abg. Buchhorn (D. Sp.) betont ebenso die kulturelle Bedeutung solcher Bauten und verlangt absolute Klarheit zwischen der „Finanzdirektion“ und der Bauleitung.

Der Antrag des Hauptauschusses wird angenommen. Die Vorlage zur Behebung des Vorlandes vor der Wiedergebilde im Regierungsbezirk Schleswig wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird die Entlassung Minister (Dnat.) auf einstweilige Einstellung der Maßnahmen gegen die Dampfesselüberwachungsvereine mit 179 gegen 142 Stimmen angenommen. — Die weiteren Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei über Belassung der Aufsichtsbefugnisse bei den Vereinen und Zurückziehung der Erlasse des Handelsministers über die Anstellung von den Gewerkschaften genommen Betriebskontrolleuren und die Bildung von Ausschüssen werden dem Handelsauschuss übermiesen.

Mittwoch 12 Uhr: Jugendwohlfahrtsgesetz. Kirchenverfassungsgesetz. Kleinere Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Republik Persien?

London, 18. März. (W.B.) Reuter meldet aus Teheran, die fortschrittliche Partei, die mit der royalistischen Partei die Mehrheit im Parlament bilde, habe sich für die Absetzung des Schahs und die Ausrufung der Republik erklärt.

Demokraten und Neu-Republikaner. Die Redakteure Karl Weiser und Carl v. Dillig, die eine führende Rolle bei der Begründung der neuen „Republikanischen Partei“ spielten, sind aus der Redaktion der Berliner Volkszeitung ausgeschlossen. Was nicht weiter verwunderlich ist, wenn man weiß, daß der Chefredakteur des Blattes für die Demokraten kandidiert.

Frauenwahlrecht in der Türkei. Die türkische Nationalversammlung hat die ersten sieben Artikel der neuen republikanischen Verfassung angenommen. Der Artikel zehn dieser Verfassung verleiht das Wahlrecht an Männer und Frauen, die das 18. Lebensjahr überschritten haben.

stänlich große Kochen und Säftefische in den Korridoren des Gebäudes herumplätscherten und sich sehr ungehalten darüber zeigten, daß man sie so aufs Trockene gesetzt hatte. Es gelang schließlich, die Tiere wieder einzufangen, ohne daß sie durch dieses Abenteuer geschädigt waren. Das Gas, das dann schließlich für die größten Tanks benutzt wurde, hat eine Dichte von 1 1/4 Zoll.

Brennstoff in der Westentasche. Wer einmal die Bekanntheit mit Brennstoff gemacht hat, das in furchtbar hellem Blauflammen Strohenbündelchen zusammenschmiegt, wird den Kopf schütteln, wenn man ihm vorrägt, mit diesem „Brennstoff“ das Plättchen oder den Zylinder zu erhitzen. Hiermit besteht aus einem Gemisch von Eisen- und Aluminiumpulver, das in geeigneter Weise entzündet, unter großer Hitzentwicklung schmilzt, wobei Temperaturen von etwa 3000 Grad Celsius entstehen. Jetzt sind, nach der „Hamburger Technischen Rundschau“, feindliche Kräfte auf die Idee gekommen, diese im großen Maßstab in einem ansehnlichen Hohlraum in einer geeigneten Form für Haus, Werkstatt und Montageplatz zu bringen. Man hat kleine Kapseln hergestellt, etwa in der Größe einer Taschenuhr, die das thermische Pulver enthalten, das an sich ja völlig ungefährlich und harmlos ist. Im Deckel ist eine besondere Masse eingebettet, die etwa die Rolle des Zündhütchens in einer Patronen spielt, nur mit dem Unterschied, daß es nicht durch Schlag, sondern nur durch ein chemisches Zündholz in Brand gesetzt werden kann, das durch einen Kreuzschnitt im Deckel eingestellt ist. Ein solches „Mohrheitsbrüder“, wie man es getauft hat, kann man unbedenklich in der Westentasche tragen. Allerdings ist es nicht ohne weiteres zu verwenden, es bedarf dazu besonders gebauter Apparate, die der plötzlichen Hitzentwicklung gewachsen sind. Zunächst hat man ein Plättchen und einen Zylinder hergestellt. Das Plättchen wird aufgeschliffen und die Dose in eine wasserdichte Hohlung reingeführt und geschlossen und entzündet. Nach 2 Sekunden ist der Zylinder etwa 120 Grad heiß, ungefähr 20 Minuten kann man mit ihm hantieren, ehe er zu weit abgekühlt ist. Technisch ein Wunderwerk, der allerdings wegen der bedeutend höheren Temperatur, die das Können erfordert, mit einer Patronen nur etwa 8 Minuten arbeitsfähig bleibt. Eine weitere Anwendung, die schon erprobt ist, liegt in der Ausnutzung für die Angangsführung von Glühkopfmotoren, die heute durch Erwärmen des Kupfes mit der Völklampe recht geräuschvoll ist, mitunter in Fischerbooten auf hoher See in Sturm und Wetter auch verlagert, während die chemische Zündung der Patronen unter allen Umständen gelingt. Die schwebelnden Truppen verwenden die Patronen auch schon verhältnismäßig für das Erhitzen von Wasser zur Speldebereitung und Feldkochen in Eis und Schnee. Für die allgemeine Anwendung sind derartige „Bretts“ natürlich zu kostspielig, das sei gesagt, um nicht ja solche Hoffnungen zu erwecken, aber in Sonderfällen, wo es auf rasche Wirkung von kürzerer Dauer ankommt, erscheinen sie durchaus wirtschaftlich.

In der H. Konzession der Postämter, die am Sonntag 20. März, mittags 1/2 Uhr im Theater am Gaiwplatz stattfand, wird Geni Riesenbahl außer ihren bekannten Programmmitteln („Länge des Gros“, „Eintritte“, „Traumbilder“ usw.) drei in Berlin noch nicht gezeigte Reizleistungen vorführen. Karten zu 70 H. (Mitgliedskarten zahlen 50 H. nach) in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Altonaerstr. 27, sowie in den bekannten Verkaufsstellen erhältlich.

Der Prozeß gegen Zeigner.

Die Rolle des Staatsanwalts Fiedler.

Leipzig, 18. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der Angeklagte Möbius erklärt, daß er seine ersten Aussagen unter der Einwirkung der Haft (er ist auch wirklich, nachdem er seine belästigenden Aussagen gemacht hatte, aus der Haft entlassen worden) und unter dem Einfluß des Untersuchungsrichters Fiedler und des Rechtsanwalts Dr. Meißner gemacht habe. Bei den letzten Vernehmungen hat Möbius dann die gleichen Aussagen wie jetzt vor dem Gericht gemacht. Er erklärt, damals Dr. Zeigner absichtlich belastet zu haben, um sich zu entlasten. Charakteristisch für den Wert der früheren Aussagen des Möbius ist folgende kleine Episode: Aus dem Gans-Paket, das von Brandt Dr. Zeigner überreicht worden ist, sollten die Gansfische herausgedrückt haben. Frau Brandt aber versicherte, daß jener Gans die Beine abgehakt waren. Der Angeklagte gibt heute zu, daß er durch diese Einzelheit seine Darstellung um so glaubhafter machen wollte. Selbst dem Untersuchungsrichter gegenüber hatte Möbius seinerzeit schließlich auf Vorhalt erklärt: „Es geht jedem Menschen so, er kann nur eine bestimmte Zeit das auf dem Gewissen halten, was ihn drückt, dann muß er die Wahrheit sagen“. Die Vernehmung Dr. Zeigners zum Fall Brandt deckt sich im allgemeinen mit der Darstellung des Möbius. Der Vorsitzende hält darauf Dr. Zeigner die Vorstrafen Brandts vor, der mehrmals wegen Verstoßes gegen die Rationierungsvorschriften bestraft worden war. Dr. Zeigner erklärt, daß trotzdem seine Begründung wegen seines hohen Alters angebracht schien. Auf weiteren Vorhalt des Vorsitzenden, daß er in der Voruntersuchung sich dahin geäußert habe, daß er das von Brandt erhaltene Geld zu einem Teil für eine sozialistische Studentengruppe und zum anderen Teil für eine Jugendgruppe im Erzgebirge verwendet habe, behauptet Dr. Zeigner, diese Aussage nur aus dem Wunsch heraus, Möbius nicht zu belasten, gemacht zu haben, da er befürchten mußte, Möbius könnte widrigensfalls über die Vernichtung der Urten Mitteilung machen. Diese Handlung wäre aber in zwei Monaten der Verjährung verfallen. Nun sollte

die Vernehmung des Zeugen Brandt

folgen. Durch Krankheit ist er jedoch am Erscheinen verhindert; seine Aussage wird deshalb verlesen. Er hat vor dem Untersuchungsrichter im großen und ganzen die Darstellung Möbius und Dr. Pelaners von der Bismarckstraße im Café Arnold bestätigt. Er bestritt damals nicht die Möglichkeit, daß Dr. Zeigner wirklich eine Bewegung gemacht habe, als wolle er das Ruwert mit dem Geld nicht annehmen. U. a. erklärte er, daß er den Einbruch hatte, Dr. Zeigner vermute in dem Ruwert Geld, auch daß er sich freute. Auch soll Zeigner auf die Worte des Zeugen: „Kümmern Sie sich doch um meine Sache“, mit einem „Jawohl“ geantwortet haben. — Aus der weiteren Verlesung der Aussagen des Zeugen Brandt geht hervor, daß er nach Vorhalt durch Dr. Zeigner selbst in Gegenwart des Untersuchungsrichters seine Darstellung, die zum Teil mit den Aussagen Dr. Pelaners nicht übereinstimmt, geändert hat, so u. a. die behauptete Behauptung in Bezug auf das Ankommen im Café Elfeld und über die Empfangnahme der Gans. Er blieb aber trotz mehrmaliger Vorhaltung durch den Untersuchungsrichter immer wieder dabei, daß er außer den beiden Wägen nicht mehr Dr. Pelaner gesehen habe. Möglich sei, daß er sich zu Möbius geäußert habe, er wolle keine Wertschätzung verfallen lassen. Diese Behauptung ist insofern für Dr. Zeigner äußerst belastend, als er auf den Unabsehbarkeiten des Brandt einen Vermerk gemacht hatte, aus dem zu ersehen war, daß Brandt bei ihm persönlich vorgesprochen hat. Aus den kühnsten Aussagen des Zeugen ist nur wenig von Interesse.

Nach der Mittagspause macht

Rechtsanwalt Dr. Graf,

der mit Dr. Zeigner intim befreundet war und auch ihm als Anwalt zur Seite stand, seine Aussage. Dr. Zeigner hat ihn seines Schwelgerechts entbunden. Er bestritt, daß er, als er als Minister Dr. Neu über die schweren Anschuldigungen, die gegen Dr. Zeigner erhoben worden waren, Kenntnis erhalten hatte, der Ansicht war, daß im Interesse der Partei und der Öffentlichkeit sofort Schritte zur Klärung der Angelegenheit unternommen werden müßten. Den Rantzen darauf erklärte Zeigner in ungläubiger feierlicher Verlesung bei ihm. Er rief ihm, sofort sein Mandat niederzulegen und sich dem Staatsanwalt zur Verfügung zu stellen. Auch am nächsten Morgen, als er zu ihm kam und immerfort wieder in Weinen ausbrach, gab er ihm denselben Rat. Am 20. November erhielt er dann die Nachricht vom Staatsanwalt, daß Zeigner sich noch immer nicht gestellt habe. Darauf schrieb er ihm einen scharfen Brief. Als er dann am 23. aus Hamburg zurückkam, erfuhr er, daß Zeigner bereits vernommen worden war. Er glaubte befürchten zu müssen, daß außer dem seelischen Zustand, in dem sich Dr. Zeigner befand, eine Vernehmung gefährlich für ihn sein könnte. Der

Zeuge hatte auch den Einbruch, durch Rücksprache mit seinem Mandanten Kay, der anfangs auch in der Sache Zeigner eine Rolle gespielt hatte, doch Treibereien im Gange waren. Derselbe Kay hat sich auch ihm gegenüber dahin geäußert, daß er, Kay, schließlich alles zugeben würde, da der Staatsanwalt Fiedler ihn ohne Ende quäle. Etwas Ähnliches hat auch der Angeklagte Möbius nach seiner Haftentlassung behauptet. Auf seine Frage, ob denn alles wirklich wahr sei, was er vor dem Staatsanwalt ausgelegt habe, meinte lehrerhaft:

Es blieb mir nichts anderes übrig, da ich sonst nicht aus der Haft entlassen worden wäre.

Auf die Aufforderung des Verteidigers erklärt der Zeuge, daß er unter keinen Umständen Dr. Zeigner das, was ihm zur Last gelegt wird, zugebraut hätte. Als ihm davon erzählt wurde, empfand er es als Beleidigung ihm gegenüber. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Frank I gibt der Zeuge ein Gespräch mit dem Staatsanwalt Fiedler wieder, der ein äußerst feindliches Wesen gegen Dr. Zeigner zur Schau trug. Er meinte: Mir werden ihm schon heimzahlen für seinen republikanischen Richterhumb. Solch eine Korruption ist ja nur in der Republik möglich. Von diesem Gespräch machte der Zeuge sofort dem Justizminister Dr. Neu Mitteilung. Mit Dr. Pelaners Sache wurde darauf ein anderer Beamter beauftragt. Auf die Frage der Verteidigung charakterisiert der Zeuge Dr. Zeigner als einen etwas ängstlichen Menschen. Der Vorsitzende meint dazu, daß der Angeklagte sich aber in der Attacke gegen den Reichswehrminister Gehler durchaus nicht ängstlich erwiesen habe. Darauf erklärt der Zeuge, es sei doch etwas ganz anderes, ob man gegen einen politischen Feind einen Vorstoß unternimmt, oder ängstlich bemüht sei, daß man auf seine weiße Weste keinen schwarzen Fleck abbekomme, wenn man im öffentlichen Leben lebe. Dr. Zeigner erklärt dazu, er habe keine Attide an den Reichswehrminister unternommen, sondern habe sich in der Defensive befunden. Er läßt sich dann über die Ereignisse aus, die sich unmittelbar an seine Besuche bei Dr. Graf angeschlossen haben. Als er trotz Warnung des lehrerhaft doch Möbius aufgesucht hatte, um sich Gewißheit zu verschaffen, fuhr er zuerst nach Dresden, dann nach Berlin. Hier blieb er ungefähr eine Woche. Er hatte gebeten, daß man ihn von einer evtl. Ladung in Kenntnis setze. Das geschah aber nicht, und als er nach Dresden zurückkehrte, erfuhr er, daß von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben eingekommen sei. Gleich darauf wurde er verhaftet. Als folgender Zeuge wird Staatsanwalt Fiedler vernommen. Er erzählt, wie er Möbius immer wieder veranlaßte, bei der Wahrheit zu bleiben und nur das auszusagen, was er vor seinem Gewissen verantworten könne. Möbius hat aber immer nur das zugegeben, was ihm von den Zeugen ausgesetzt vorgehalten wurde. — Es folgt eine dramatische Szene. Dr. Graf hält dem Staatsanwalt die früher von ihm dem Gericht mitgeteilte Versicherung vor. Staatsanwalt Fiedler verneint entschieden, die Versicherung getan zu haben.

Als nächster Zeuge folgt Rechtsanwalt Dr. Meißner. Er beginnt seine Aussagen mit der Feststellung, daß ihm die Begründungsprotokolle von Dr. Zeigner äußerst einseitig vorkam. Von verschiedenen Randnoten bekam er zu hören, daß mehrere Parteifreunde Dr. Zeigners imstande wären, Begründungen durchzubrüden. Er wollte nicht daran glauben, fuhr aber eines Tages nach Dresden und stellte fest, daß in dem Vorzimmer des Ministers sich Menschenmassen stauten. Als dann der Zeuge sich über Fälle auszulassen begann, die nicht zur Anklage stießen, und z. B. die ehemalige Gnadeprozis des sächsischen Königs rühmt, kommt es zu einem

lebhaften Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung.

Die darauf besteht, daß der Zeuge nur über Tatsachen, die der Anklage zugrunde liegen, befragt wird. Der Zeuge fährt dann fort und erzählt, wie Frau Friedrichson zu ihm kam und ihren Besuch, den sie gemeinsam mit Möbius in Dr. Zeigners Wohnung abhielt, schilderte. Die weitere Vernehmung des Angeklagten dreht sich hauptsächlich um die Person des Möbius und dessen Beziehungen zu dem Rechtsanwalt Meißner, der anfangs sein Verteidiger war. Möbius behauptet, Dr. Meißner habe ihn beeinflusst und veranlassen wollen, Dr. Zeigner zu belasten. Dr. Meißner behauptet dagegen, in keiner Weise Möbius beeinflusst zu haben. Er habe stets darauf gedrungen, er solle nur bei der Wahrheit bleiben, was auch komme. Möbius habe ihm übrigens erklärt, daß gewisse Leute an ihn herangetreten seien, die ihm Geld und Geld versprochen und auch für seine Familie sorgen wollten. Zeuge und Angeklagte kommen sehr scharf aneinander. Ein jeder bleibt aber bei seiner Behauptung.

Die Sitzung wird schließlich um 7 1/2 Uhr abgebrochen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 9 Uhr, morgens, statt.

Neue Deutschenverfolgungen in Polen.

Auslieferung eines deutschen Sejm-Abgeordneten.

Warschau, 18. März. (E.P.) Der Geschäftsordnungsausschuss des Sejm beschloß mit 8 Stimmen der Rechten und der nationalen Arbeiterpartei gegen 7 Stimmen der freiheitlichen Bauernpartei, Sozialisten und nationalen Minderheiten, den bekannten Vorkämpfer der Minderheitsrechte, Landrat a. D. Raumann, den Vorsitzenden der deutschen Fraktion im Sejm und Senat, dessen Initiative es zu verdanken ist, daß die zwischen den Minderheiten und der polnischen Regierung strittigen Rechtsfragen auf Grund des Minderheitenschutzvertrages vor das Forum des Völkerbundes und des Hoeger Gerichts gebracht wurden, an das Bezirksgericht in Bromberg auszuliefern. Die Staatsanwaltschaft begründete das Auslieferungsbegehren damit, daß der Minderheitspolitiker nicht polnischer, sondern deutscher Staatsbürger sei und sich nur durch eine falsche Eintragung in das Ständeregister die polnische Staatsbürgerschaft selbständig zugelegt habe. Diese Auslegung geht auf einen der strittigen Punkte in der Optionsfrage zurück, in denen die polnische Regierung die Bestimmungen des Versailler Vertrages dahin auslegt, daß im preussischen Teilgebiet nur jener preussische Staatsbürger die polnische Staatsbürgerschaft erwerben könne, dessen Eltern im Jahre 1920 lebten und in Polen ansässig waren. Da der Vater Raumanns, der im preussischen Teilgebiet geboren und Zeit seines Lebens dort tätig war, im Jahre 1920 gar nicht mehr lebte, wird ihm die polnische Staatsbürgerschaft bestritten.

Der Kommissionsbeschluss erfolgte am selben Tage, da Stirmunt in Genf die Zustimmung gab, daß weitere Ausweisungen aus Polen unterbleiben würden. Bei dem nationalistischen Kurs in Polen ist an eine Einholung dieses Verprechens nicht zu denken. Die polnische Presse veröffentlicht bereits eine neue Liste der demnächst stattfindenden Liquidationen.

Politischer Riesenprozeß in Kiew.

Warschau, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) In Lemberg ist eine Abschrift des Anklageaktes eines neuen Riesenprozesses eingetroffen, den die Sowjetregierung gegen die prominentesten Führer der ukrainischen Nationalbewegung eingeleitet hat. Die russischen Behörden wollen eine Geheimorganisation entdeckt haben, deren in Paris befindliche Leitung sämtliche antikomunistischen Elemente umfaßt. Das Kiewer Komitee führt den Namen „Zentrum der Tat“ und soll durch eine besondere Abteilung die „Verbindungslinie“ mit der polnischen Generalstaatsprokuratur in Lemberg dauernd in Fühlung gewesen sein. Der Espionage zu

gunsten Volens werden u. a. beschuldigt: Emirnow, ehemaliger ukrainischer Unterrichtsminister, Senatspräsident Pafilienko, Generalstaatsanwalt Pawlowitsch und eine Reihe von ukrainischen Universitätsprofessoren. Die Verändrter wollten die Räteorganisation beibehalten, jedoch den Kommunismus beseitigen und das Privatigentum wieder einführen.

Rußland, Frankreich und Bessarabien.

Moskau, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Große Erregung löst in den Sowjetkreisen die eben durch Frankreich erfolgte Ratifizierung der Konvention vom 20. Oktober 1920 aus, durch welche Bessarabien Rumänien zugeworben wurde. Man wirft Frankreich vor, daß es den Standpunkt Rumäniens unmittelbar vor der Wiener Konferenz unterfüttern wolle und erklärt die Ratifizierung als eine Demonstration der französischen Kammer gegen Sowjetrußland.

Bukarest, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) In der rumänischen Kammer ist unter Beteiligung sämtlicher Parteien eine Subdignung für Frankreich aus Anlaß der Ratifizierung der Bessarabischen Konvention beantragt worden.

Churchill im Gemüßeregen.

London, 18. März. (E.P.) Winston Churchill, der den Wahlkreis Westminster als unabhängiger ant-sozialistischer Kandidat vertritt, erschien gestern unermutet in seinem Automobil inmitten der Gemüßehändler des bekannten Bondener Gemüß- und Fruchtmarktes Covent-Garden, wo er eine Bahlfrede hielt. Schon nach wenigen Sätzen aber erlönten von allen Seiten Rufe: „Dardanellen! Gallipoli!“ und es wurden Rufen, Kartoffeln und Gemüßblätter nach ihm geworfen. Churchill fand es für gut, schleunigst den Rückzug anzutreten.

Kein Achtstundentag für Parlamentarier.

London, 18. März. (E.P.) Der Abgeordnete Jack Jones schlug im Unterhaus vor, die Arbeitszeit der Parlamentarier gesetzlich auf 8 Stunden festzulegen. Das Unterhaus lehnte diesen Vorschlag unter Heiterkeit ab.

Die fünf Kreuzer.

London, 18. März. (E.P.) Im Unterhaus erklärte Macdonald, er könne den Vorschlag des Abgeordneten Wedgwood Benn nicht annehmen, wonach die Entscheidung über den geplanten Bau von fünf Kreuzern einer Abstimmung unterbreitet werden soll.

Gewerkschaftsbewegung

Ausbau der Erwerbslosenfürsorge!

Beitragspflicht - Selbstverwaltung - Unterstützungsrecht.

Der Bundesausschuss des DGB. nahm in einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung zur Erwerbslosenfrage folgende Entschliessung an:

Die zurzeit für die Erwerbslosen geltenden Unterstützungsätze erfordern eine sofortige wesentliche Erhöhung. Die Unterstützung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgefallen und deckt nicht mehr die allerelementarsten Ausgaben. Schon allein die Erhöhung der Wohnungsmiete hat für die Erwerbslosen völlig unerträgliche Zustände geschaffen. Tritt die unmittelbar bevorstehende weitere Erhöhung der Miete ein, so wird der Erwerbslose kaum mehr als den Betrag dieser Miete an Unterstützung erhalten, so dass ihm zum Leben nichts verbleibt. Helfen kann nur eine sofortige ganz wesentliche Erhöhung der Unterstützungsätze.

Der Bundesausschuss protestiert entschieden gegen die neuerdings, besonders durch die preussische Regierung betriebene, im höchsten Grade ungerechte Ausschaltung zahlreicher Erwerbsloser von der Unterstützung. Trotzdem die Arbeiter hohe Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge tragen müssen, werden ganze Gruppen von Erwerbslosen von der Unterstützung ausgeschlossen. Es muss daher zumeistens die Beitragspflicht durch ein Unterstützungsrecht ergänzt werden.

Reich und Länder werden aufgefordert, sofort Notstandsarbeiten in größerem Ausmass in Angriff zu nehmen. Bei diesen Arbeiten muss für die beschäftigten Erwerbslosen eine Entlohnungsform angewandt werden, die einen vernünftigen Arbeitseffekt sichert. Insbesondere kann die Beschäftigung nur zu den allgemein geltenden Tariflöhnen erfolgen.

Der Bundesausschuss protestiert weiter gegen die von einigen Länderregierungen beabsichtigte Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, Vernichtung der Selbstverwaltung und Unterstellung der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter einseitige ministerielle und behördliche Instanzen. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge gehören ihrem Wesen nach zusammen, eine Trennung wäre gefährlich für die Wirtschaft und für die durch beide Institutionen zu lösenden Aufgaben. Beides, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, muss gemeinsam von starken Selbstverwaltungskörpern durchgeführt werden.

Einigung im Ruhrbergbau.

Am Montag nahmen die Vertreter der vertragschliessenden Arbeitnehmerverbände des Ruhrbergbaus in einer gemeinsamen Sitzung zum Schiedspruch vom 12. März Stellung. Allgemein wurde festgestellt, dass die durch Schiedspruch eingeführte neue Lohnordnung manche Nachteile gegenüber den früheren vertraglichen Zuständen enthält; die Organisationsleiter glaubten jedoch, eine Ablehnung des Schiedspruchs im jetzigen Augenblick nicht verantworten zu können, da unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Ruhrbergbau zurzeit keine andere Möglichkeit besteht, das in der vom Zechenverband herausgegebenen Lohnordnung liegende Defizit unwirksam zu machen. Obwohl die Bergarbeiterverbände den Schiedspruch, um Schlimmeres zu verhindern, nicht ablehnen, soll jedoch von ihnen nichts unversucht bleiben, um die eingetretenen Nachteile wieder zu beseitigen. Um die es sowie eine allgemeine Lohnerhöhung baumöglichst zu erreichen und die Erneuerung des Manteltarifs schnellstens zu erzielen, sollen sofort neue Verhandlungen eingeleitet werden. Der ständige Hinweis der Unternehmer auf die Belastung des Ruhrbergbaus durch die Ricum-Verträge veranlasst die Bergarbeiterverbände, gegen die fast restlose Abwälzung der Reparationslasten auf die Bergarbeiter erneut zu protestieren und mit allem Nachdruck für deren Beseitigung einzutreten.

Auch in der nordwestdeutschen Eisenindustrie.

Am 18. März war die durch den Schiedspruch des Reichs- und Staatskommissars Mehlich festgesetzte Frist für die Erklärung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Essen über ihre Einstellung zu dem vorgeschlagenen Rahmentarifvertrag für die nordwestdeutsche Eisenindustrie abgelaufen. Der Manteltarif, der wichtige Bestimmungen u. a. über die Lohnregelung enthält, ist zunächst vom Arbeitgeberverband, dem Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wie auch von den drei Metallarbeiterverbänden angenommen worden.

Die neuen Reichsbezüge.

Die Verhandlungen am 17. März im Reichsfinanzministerium mit den Epigenorganisationen der Beamten hatten einen Verlauf, der Entrüstung hervorrufen muss. Neben einer „Erhöhung“ von 10 Proz. der äusserst niedrig gehaltenen Grundgehälter brachte die Regierung unter Beseitigung des bisherigen Orisanzschlusses einen Wohnungsgeldzuschuss in Vorschlag. Der Wohnungsgeldzuschuss gliedert sich in sieben Tarifklassen und beträgt in der Orisklasse A bei einem Grundgehalt bis 702 M. 250 M., bis 1068 M. 300 M., bis 1692 M. 540 M., bis 2760 M. 720 M., bis 4500 M. 960 M., bis 6420 M. 1260 M., über 6420 M. 1560 M. Von diesen Beträgen sollen jedoch zunächst nur 80 Proz. gezahlt werden. Die Kinderzuschläge sollen künftig monatlich 13, 14,50 und 16 M. in den einzelnen Stufen betragen; die Frauenzulage wird nicht erhöht. Für einen ledigen Beamten der Gruppe III (Schaffner), Orisklasse A (z. B. Berlin, Hamburg und andere Großstädte) ergibt sich nach dieser Regelung ein Jahreseinkommen von 1110 M., ohne Berücksichtigung des Steuerabzugs. Die Organisations haben dieses Angebot mit Entrüstung abgelehnt und sich alle weiteren Schritte vorbehalten. Die Regierung beabsichtigt ihren ungeheuerlichen Vorschlag mit dem „Mangel an Mitteln“. Das ist

bei einer Steuerpolitik, die nur Rücksichtnahme gegenüber der Großindustrie, der Landwirtschaft und dem Handel kennt, aus der großen Masse der Beamten, Angestellten und Arbeiter aber das Letzte herauswirtschaftet, nicht verwunderlich. Die Beamtenschaft geht einen dornigen Weg. Sie muss endlich erkennen, dass nicht diejenigen ihre Freunde sind, die in den Parlamenten nur über die niedrigen Gehälter zetern, aber im übrigen dem Staat alle Steuern verweigern, die zur Gesundung des Staatshaushalts erforderlich sind.

Streik der Berliner Gummiarbeiter.

Seit Montag befinden sich die Gummiarbeiter Groß-Berlins im geschlossenen Abwehrstreik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Alle Bemühungen der Verbandsleitung, die Unternehmer von ihrem machtkäuflichen Standpunkt abzubringen, waren erfolglos. Den Anfang mit der Dekretierung des Reumfundamentes machte die Firma S. Herz GmbH. Als die Arbeiter auf die Verlängerung ablebte, wurde sie unter Tarifbruch ausgesetzt. Der Organisationsleitung wurde auf einen ver-

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

mittelnden Vorschlag vom Arbeitgeberverband erklärt, dass die Firma S. Herz GmbH. ihre Maßnahme nicht zurücknehmen wird, dass aber andere Firmen gleichfalls zur Verlängerung der Arbeitszeit übergehen werden. Gegen diese Zumutung der Arbeitgeber erfolgte die einheitliche Arbeitsniederlegung. Die Gummiarbeiter Groß-Berlins sind als arbeitsfähig diskriminierte Arbeiter bekannt. Solidarität! Weht Euch gegen Unternehmerwillkür. Die Streikleitung.

Die Lage der Landwirtschaft.

Der Verbandsvorsitzende des Landarbeiterverbandes, Gen. Georg Schmidt, schreibt uns:

Unter vorliegender Ueberschrift hatte ich im „Vorwärts“ am 3. März 1924 einen Artikel veröffentlicht, worin ich, gestützt auf Material aus landwirtschaftlichen Arbeiterkreisen, den Nachweis lieferte, dass die Landwirte während der Inflationszeit auf verdient haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich schon zum zweiten Male mit diesem Artikel und darf man daraus schließen, dass den Landwirten dieses Material sehr unangenehm ist. Darum auch die üblichen Schimmlereien, die man bei der „Deutschen Tageszeitung“ als selbstverständlich mit in Kauf nehmen muss.

In der Ermüdung schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, ob ich denn nicht wüsste, dass die Löhne der Landarbeiter im Jahre 1923 dauernd der Teuerungslage angepasst wurden. Der das schrieb, scheint meinen Artikel nicht gelesen zu haben, denn darin habe ich den Nachweis geliefert, dass das Lohnkonto stärker gesunken ist als die Preise der landwirtschaftlichen Produkte und die Löhne nicht angepasst waren.

Dann behauptet die „Deutsche Tageszeitung“, die dreijährigen Löhne, die bekanntlich in den meisten Lohnschichten Deutschlands über den Vorkriegslohnbezügen stehen oder dieselben erreichen“, hätte ich nicht betont. Die Revalde der „Deutschen Tageszeitung“ kann bekräftigt werden! Nur in einem Lohngebiet Deutschlands, nämlich in Württemberg, beträgt gegenwärtig der Stundenlohn 32 Pf.; aber in Württemberg wird der tariflich festgesetzte Lohn von vielen Landwirten nicht bezahlt. In allen anderen Gebieten ist der Stundenlohn unter 30 Pf. und der durchschnittliche Stundenlohn in der Landwirtschaft beträgt 24 Pf. Ich empfehle der „Deutschen Tageszeitung“, sich in die beiden Vortreffliche von Berlin, Teltow und Niederbarnim, zu begeben, um dort einmal bei Landarbeitern festzustellen, dass hier der Stundenlohn nur 22 1/2 Pf. beträgt. Das sind die Stundenlöhne, wie sie Mitte Februar 1924 bezahlt worden sind. Wohlgerührt, nicht nur der Barlohn, sondern Bar- und Naturallohn zusammengerechnet! Im übrigen empfehle ich der „Deutschen Tageszeitung“, das Wahlrecht des Bundes der Landwirte für die Reichstagswahl 1913 zur Hand zu nehmen. In diesem Wahlrecht ist zu finden eine Berechnung über das Einkommen einer Landarbeiterfamilie in Klein-Epistel in Pommern, Besitzer Freiherr v. Wangenheim. Nach von Wangenheims Angaben betrug das Einkommen des Mannes nebst reichlicher Mitarbeit seiner Tochter und vorübergehender Mitarbeit seiner Frau 2059 M. pro Jahr. Wenn wir auch diese Angaben für die damalige Zeit als übertrieben bezeichnen müssen, so ist damit auch bewiesen, dass im Vergleich mit vorher genannten Stundenlöhnen die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“ und der Landwirte, „die Friedenslöhne seien erreicht“, falsch ist.

Mit der Frage des Schutzzolles habe ich mich überhaupt nur wenig beschäftigt und hatte ich dazu keinen Anlass, weil selbst auf der diesjährigen Landtagsversammlung in Breslau die Herren Agrarier es für klüger hielten, vor den Wahlen nicht allzu sehr nach Schutzzöllen zu schreiben.

Kommunistische Gewerkschaftsführung.

Die Kommunisten sind immer bereit, die Gewerkschaftsführer zu beschimpfen und zu verleumden, die nicht auf Moskauer Schwören. Die Kommunisten behaupten, dass sie die „Retter“ der Gewerkschaften vornehmen. Wie ausgezeichnet sie das versprechen, mag folgendes Beispiel beweisen:

Am 18. November 1923 wurde in Heidelberg eine neue Verwaltung des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes gewählt. Diese neue Leitung war ganz kommunistisch. An die Spitze der Verwaltung stellte man einen Mann, dem man vorher den guten Ratsschlaf gegeben hatte, bei der WSPD. Mitglied zu bleiben, weil er so der kommunistischen Partei gute (Spittel) Dienste leisten könne. Zur Seite standen ihm „bewährte“ Kommunisten. Man hat nichts dagegen eingewendet, dass dieser neugewählte Vorsitzende, der die Verbandsgeschäfte führen sollte, gleichzeitig auch die Kasse mit übernahm, obwohl ein besonderer Kassierer gewählt worden war. Nun ist in der letzten stattgefundenen Generalversammlung erklärt worden, dass dieser Leitung gelungen ist, die Organisation in dieser kurzen Zeit finanziell und moralisch ungeheuerlich zu schädigen. Es ist festgestellt worden, dass rund 1700 M. fehlen, also unterzahlt worden sind. Gewerkschaftsarbeit ist überhaupt nicht geleistet worden. Sitzungen haben fast gar nicht mehr stattgefunden. Die Verwaltung selbst hat beschlossene Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft zu machen, so dass ein gerichtliches Nachspiel zu erwarten ist.

Saararbeiter und Internationales Arbeitsamt.

Genf, 18. März. (Eigener Drahtbericht) Die Vertreter der saarländischen freien Gewerkschaften verhandelten am Dienstag mit Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, über die Stellung der Saargewerkschaften gegenüber dem Arbeitsamt. Sie formulierten einen Antrag an den im April tagenden Verwaltungsrat, in dem sie forderten, dass erst im Sinne der deutschen Arbeitskammern ein besonderes saarländisches Institut geschaffen werde in dem die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer vertreten seien. Diese Kammer habe die Aufgabe, die Beschlüsse der internationalen Arbeitsorganisation innerhalb des Saargebietes selbstständig durchzuführen und in besonderer Weise innerhalb der Grenzen des Friedensvertrages für das soziale Wohl der Saar-Arbeiterschaft zu sorgen. Die Vertreter der Gewerkschaften richteten bei dieser Gelegenheit an das Arbeitsamt die Bitte, sie bei ihren Bestrebungen aufs kräftigste zu unterstützen. Innerhalb des Arbeitsamtes selbst hält man eine Lösung der gesamten Frage nicht im Sinne der Saargewerkschaften, sondern nur in der Form für möglich, dass den deutschen Delegationen für die Tagungen der Arbeitsorganisation ständige Vertreter von der Saar als Sachverständige beigegeben werden.

Die Pariser Chausseur der Alleausos sind gestern in den Streik getreten.

Callier, Tapezierer- und Portierverband. Arbeitermessen: Heute nachmittags 5 Uhr, Donnerstag 19. Arbeitermessen: Bericht von den Lohnverhandlungen. - Tapezierer: Donnerstag nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus Vertrauensmännerversammlung. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Arbeitsschicht: Mittelschichterversammlung am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr bei Aronich, Tempelhofer Chaussee 30. 4 1/2 Uhr Reden, welche in Tempelhofer, Marienpark, Marienfelde und Eidenstraße abgehalten werden. Auch in dieser Versammlung eingeladen.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Donnerstag nachmittags 5 1/2 Uhr allgemeine Familienversammlung in den Reichshallen, Alte Poststraße 22. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Betriebsräte. 2. Bericht Röhre Hiltachheim. 3. Bericht Röhre von der Leitung des Betriebs. Mittelschichterversammlung. Die Ortsverwaltung.

Wahltag, Buchbinder 3. Bezirk (NO): Die Bezirksversammlung am Montag, den 21. März, um 7 Uhr, findet nicht beim Weissehofstr. 16-17, sondern in den Kaiserhallen, Vorparkstr. 15, statt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gahrman; Gewerkschaftsangelegenheiten: A. Schorn; Neuigkeiten: A. A. Böcher; Soziales und Sonstiges: Fritz Rathke; Anzeigen: H. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

hervorragend bewährt bei:



Jogal Sicht, Grippe, Rheuma, Hexenschuss, Ischias, Nervenschmerzen.

Jogal stift die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Ausgezeichnet bei Schlaflosigkeit. — In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,1% Acid aect. rubic, 0,005% Chinin, 12,6% Lithium ad 100 Amylum

Sei sparsam!!!

Nimm:

NIVODONT-ZAHNPASTA
als billiges und bestes Zahnpflegemittel, um weisse und gesunde Zähne zu erhalten

CALCIFORM-TABLETTEN
als Schutz gegen Erkältung, Grippe und gegen Mundgeruch

CAMPOLINT
als beste Hautcreme zur Behandlung von Frost- und Hautwunden und gegen rauhe und rote Haut

CAVALIN
als sicher und schnell wirkendes Streupulver gegen Fuss- und Achselschweiß. Ohne schädliche Nebenwirkung.



Verlangen Sie stets

Spratt's

Hundekuchen - Geflügelfutter

Niederlagen durch Schilder kenntlich - sonst durch Spratt's A-G, Berlin-Rummelsburg A 2

Möbel in gediegener Qualität

Möbel auf Teilzahlung

Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
Küchen + Klubgarnituren + Einzelmöbel
Kleinste Anzahlung - Billigste Preise!

Beiser Lothringer Str. 67

Sie auf weiteres gebe ich meine wertvollen Zigaretten, Zigarren, Tabake bei Barzahlung 2 1/2% Rabatt. Alle bekannten Marken wieder am Lager. Zigaretten von 3-20 Pf. pro Stück. Tabake vornehmlich billiger geworben.

Arno Geßner, Groß-Handlung,
Berlin NW, Weststr. 31, am Strindberg-gericht

Tuchiarik-Niederlage H. Lamprecht
Berl. n-Treppow, Buchstr. 17
Istert Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in bei moderner Stoffen u. Anzügen

Den Gipfel der Preiswürdigkeit bietet mein heutiges Möbel-Angebot

Jedes Zimmer **650.-** Mark

B.FEDER
Brunnen-Strasse 1
Frankfurter Allee 350
Cottbusser Damm 103
Charlbg., Scharrenstr. 5

Jedes Zimmer **650.-** Mark

Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung zu leicht erfüllbaren Bedingungen

Wenn man ins Ausland reisen muß.

Ein Abteil 1. Klasse nach Karlsbad oder Interlaken — Herr Broh hatte es vor dem Kriege doch gar zu bequem, nur die verschiedenen Griffe in die Geldtasche fürchten zu lassen. Aber auch der nicht mit Schönen gegnete Tourist konnte sich, unbekümmert um neugierige Fragen nach Woher und Wohin auf seine Holzbank niederlassen und getroßt die Grenze überschreiten, wo und wie es ihm gefiel, einzig der Nachfrage nach verzollbaren Gegenständen ausgesetzt. Wie lächelte man damals über die alten Reiseberichte in Briefen und Memoirenwerken, wo die Päckschwierigkeiten so drastisch geschildert wurden, und über das Schröpfen der Reisenden durch allerlei Kräfte und Winkeltische bei Postanstalten, Pferdewechsel und Zolluntersuchungen Klage geführt wurde.

Wie im Mittelalter.

Der Weltkrieg hat auch in dieser Hinsicht Erleichterungen vermacht und die Menschheit in territorialer Zwangslosigkeit, ganz wie im Mittelalter, gelockert, die zu verlassen durchaus nicht allein im Besitzen des einzelnen steht. Die heutigen Staaten haben aus den verschiedensten Gründen nicht den Wunsch, die Zahl ihrer Einwohner durch fremde Zuwanderer erhöhen zu sehen — sie fürchten vor allem die durch eine stark vermehrte Zahl der Ocker sich leicht ergebende Teuerung der Nahrungsmittel für die Einzelnen. Andererseits ist der Gewinn aus dem Fremdenverkehr ja nicht zu verachten, aber selbst dieser ökonomische Gesichtspunkt muß vor dem nationalen: Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, zurücktreten. Allgemein ist jetzt der Standpunkt vorherrschend: Renne deinen Jued, den du mit dem Aufenthalt in unserem Lande verfolgst, und wir werden sehen, ob dieser private Jued sich mit dem Wohl des Ganzen, das uns anvertraut ist, verträgt. Alles, was nach Erwerbsabsichten ausfiehl, begegnet starker Abneigung; alles was auf Niederlassungsmöglichkeiten gedeutet werden kann, noch schlimmerer Kritik. Ausdrücklich wird betont, daß Erwerb von Häusern und Grundstücken nicht sein Grund ist, der ohne weiteres zur Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis verpflichtet. Gerade Länder, die in früheren Jahren viel von Deutschen aufgesucht wurden, wie die Schweiz und Italien, sind sehr rigoros geworden; sie geben Kurdenbüros und — Sportjüngern eine kurzfristige Erlaubnis, die im Hinblick auf die immerhin erheblichen Kosten der reinen Reise verteuert, also abschreckend wirkt. Wenn die Reisekosten auf vier Wochen verteilt werden müssen, erscheint die Reise naturgemäß teurer, als wenn man dieselben Fahrkosten auf acht oder zwölf Wochen oder gar mehrere Monate verteilen kann. Will man ein fremdes Land nur durchfahren, um in einem dritten Lande zu verweilen, so muß man die Erlaubnis des dritten Landes zur Einreise bereits vorweisen können, wenn man um die des zu passierenden Landes nachsucht. Allerdings werden dann wohl keine weiteren Schwierigkeiten gemacht werden.

Wenn du dein Land verlassen willst.

Rum ist aber derjenige, der sein Land auf einige Zeit mit einem anderen vertauschen will, als Bürger seines Landes gar nicht befugt, so ohne weiteres den Staub von den Füßen zu schütteln. Zwar den Pass erhält er, aber man beehrt ihn bei der Auswanderung, daß er die Einwilligung seines Finanzamtes zum Ausweise sich beschaffen müsse. Wo — die Steuern! und daneben auch wohl der Gedanke der Kapitalflucht! Man wird also ein recht rigoroses Examen zu bestehen haben und unter Umständen Sicherheit zu geben haben, daß die Reise keine Unterbrechung in der so angenehmen Beschäftigung des Steuerzahlens verurlichen wird. Zum Ruhm derer, die einmal über die Grenze der deutschen Republik hinausfahren wollen, sei nun zusammengestellt, welche Formalitäten sich bis zu dem Augenblick der Abfahrt ergeben. Zunächst Besorgung von zwei unaufgehobenen Lichtbildern, die beim zuständigen Postbüro mit Angabe des Wunsches nach Ausstellung eines Auslandspasses abzuliefern sind. Dann folgt die Abholung des Passes auf dem zuständigen Postbüro (worauf man einige Tage warten muß), und ein Gang mit dem Passe zum zuständigen Finanzamt. — Dann Besuch der Kanzlei der zuständigen diplomatischen Vertretung des zu besuchenden Staates, wo man zunächst einige Formulare über Woher und Wohin auszufüllen hat, um dann entweder nach Worten den mit dem Visum versehenen Pass nach am selben Tage in Empfang zu nehmen oder zu erfahren, daß der Pass später abzuholen ist. Dies sind fünf zu erledigende Vorgänge, und da die Hauptbüros nur von 9 bis

1 Uhr offen sind, überall mit einer Vorzeit zu rechnen ist und die Wege in Berlin zurzeit mehr Stunden und Minuten in Anspruch nehmen als früher, so wird jeder sich austreten können, daß etwa eine Woche vergeht, bis man am Ziele ist. Die Kosten betragen für den deutschen Pass 4,50 M., das Auslandsvisum ist verschieden, für die Schweiz z. B. beträgt es 8 Franc. Will man ganz korrekt verfahren, so zahlt man die Visumgebühr in der betreffenden ausländischen Münze; da man nun aber diese Münze im freien Bankverkehr nicht erlösen kann, so muß man noch einen Gang machen, und zwar zu dem für diese Devisenankäufe zuständigen Finanzamt. Mit dessen Erlaubnis kann man sich das fremde Geld beschaffen. Im allgemeinen werden aber die fremden Kanzleien so entgegenkommend sein, deutsches wertbeständiges Geld in Zahlung zu nehmen.

Berfen wir nun noch einen Blick in die Befandtschaftskanzlei. — Der Borsaal ist angefüllt mit einer Menschenmasse, die alle Typen, vom Grandseigneur bis zum Handwerksburschen, umfaßt. Natürlich viele Damen, denn sie sind ja nicht so an die Scholle gebunden, wie der männliche Teil. Die Türen der drei, vier Schreibstuben, die auf dem Borsaal münden, gehen unaufhörlich auf und zu; trotzdem ist bei dem starken Andrang eine Vorzeit begreiflich. Bequeme Sesselstühle nehmen den Müden auf; auf kleinen Tischen liegen Zeitschriften und Broschüren des Landes aus. Endlich wird der eigene Name aufgerufen; man erhält seinen Pass, zahlt und verabschiedet mit dem üblichen „Auf Wiedersehen“ — was bei den meisten wohl ein frommer Wunsch bleiben dürfte.

Der neue Elektrizitätstarif.

Ab 1. April.

Auf die Inflationsperiode mit ihrer starken Verteuerung aller Warenpreise folgte, seit der Stabilisierung der Mark, eine Periode des Preisabbaus. Die Tarife der öffentlichen Unternehmungen, wie der Eisenbahn, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Straßenbahnen usw., mußten sich während der Inflationszeit der allgemeinen Preisentwicklung anschließen. Auch diese Tarife müssen jetzt wieder ermäßigt werden.

Bei den Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken soll der Abbau am 1. April d. J. beginnen. Zu diesem Zeitpunkt werden die Tarife aller drei Unternehmungen nach den Beschlüssen des Ausschusses der Werte ermäßigt herabgesetzt. Es hat in manchen Kreisen der Bevölkerung Bemüherung erregt, daß die Herabsetzung der Tarife nicht schon früher begonnen wurde. Die Erklärung für die Verzögerung liegt darin, daß die Inflationszeit auch den städtischen Werken schwere finanzielle Wunden geschlagen hatte, die erst einmal notdürftig geheilt werden mußten. Es ist ein großes Aktium der Mehrheit des Ausschusses der Werte — zu dieser Mehrheit gehören auch die sozialdemokratischen Vertreter —, daß sie dem Ansturm aller derjenigen widersanden hat, die auf eine vorzeitige Ermäßigung der Werttarife hinarbeiten. Bei den Elektrizitätswerken wird am 1. April der Tarif nicht bloß ermäßigt werden, sondern es findet zugleich eine grundsätzliche Neugestaltung auch der Tarifform statt. In den letzten Monaten war in Berlin ein Einheitsstarif in Kraft, der 42 Pf. für jede Kilowattstunde betrug. Dieser Preis galt unabhängig von dem Verwendungszweck des Stromes, er galt also ebenso für Licht wie für Kraftzwecke. An Stelle des Einheitsstarifs soll ab 1. April der sogenannte Grundgebührentarif treten, eine im Elektrizitätswesen erprobte und geschätzte Tarifform. Auch dieser Tarif soll unabhängig von dem Verwendungszweck, d. h. gleichmäßig für Licht wie für Kraftzwecke Gültigkeit haben. Aber, wie wir gleich sehen werden, der neue Tarif geht auf die Interessen der verschiedenen Kategorien von Abnehmern in viel gerechterer Weise ein, als das bei der bisherigen Form des Einheitsstarifs der Fall war.

Der Grundgebührentarif besteht zunächst in der festen Grundgebühr die von jedem Abnehmer monatlich an das Elektrizitätswerk zu entrichten ist. Die Grundgebühr wird als ein fester unänderlicher Betrag eingezogen, unabhängig davon, ob der betreffende Abnehmer im Monat viel oder wenig elektrische

Energie abgenommen hat. Die Höhe der Grundgebühr richtet sich nach dem Anschlußwert des Abnehmers, d. h. nach der Zahl und Leistung der angeschlossenen Lampen und der Leistung der angeschlossenen Motore, Heizkörper, Kochapparate usw. Als Maßstab des Anschlußwertes gilt die Zählergröße, genauer ausgedrückt der Zählermehrbereich. Die Grundgebühr ist in der Weise festgelegt, daß für je 1 Kilowatt Zählermehrbereich ein fester Betrag von 42 M. im Jahre d. i. 3,50 M. im Monat seitens des Abnehmers zu entrichten ist. Die Grundgebühr ist mit Rücksicht auf die kleinen und kleinsten Abnehmer nach unten hin weitgehend abgestuft. Sie beginnt bereits mit einem Zählermehrbereich von 0,22 Kilowattstunden, wofür monatlich 50 Pf. zu entrichten sind.

Außer der Grundgebühr ist dann noch für jede von dem Abnehmer verbrauchte, durch den Zähler gemessene Kilowattstunde ein Betrag von 18 Pf. zu zahlen (Arbeitsgebühr). Die neue Tarifform kommt allen denjenigen Abnehmern zugute, die ihre elektrischen Anlagen in starkem Maße ausnützen, d. h. es werden in erster Linie die Abnehmer von Kraftstrom wie Handwerker, Kleingewerbetreibende usw., begünstigt, deren Motore viele Stunden am Tage laufen. Ferner kommen auch diejenigen kleinen Lichtabnehmer gut weg, die ihre bestehenden Anlagen wirklich ausnützen, während große Lichtabnehmer, die umfassende Lichtinstallationen besitzen, die sie aber selten oder gar nicht benutzen, in Zukunft schärfer herangezogen werden. Der Durchschnittspreis pro Kilowattstunde (Mittel aus Grundgebühr und Arbeitsgebühr), den der einzelne Abnehmer im Verlauf der Stundenzahl — elektrisch ausgedrückt der „Benutzungsdauer“ — mit der der Anschluß ausgenutzt wird.

Zum Schluß sei noch angegeben, wie sich der mittlere Strompreis für verschiedene Benutzungsdauern im Jahre, nach dem Grundgebührentarif berechnet, einstellt:

Benutzungsdauer im Jahre	Art des Anschlusses	Durchschn. Preis pro Kilowattstunde
200 Stunden	Schwacher Lichtabnehmer	89,0 Pf.
400 „	Starker Lichtabnehmer	28,5 „
600 „	Kraftabnehmer	28,0 „
800 „	Kraftabnehmer	28,5 „
1000 „	Kraftabnehmer	22,5 „

Man sieht aus der kleinen Tabelle, daß der mittlere Strompreis abnimmt in dem Maße, wie die Benutzungsdauer wächst. Mit anderen Worten, die ausdauernden Kunden des Elektrizitätswerts erhalten Preisbegünstigungen. In dieser Preisherabsetzung liegt der Fortschritt des Grundgebührentarifs gegenüber dem Einheitsstarif. Der Grundgebührentarif wirkt damit gerecht und sozial ausgleichend.

„Die Weisen von Zion.“

Was Antikemiten sich ungefragt erlauben dürfen!

Nach wiederholten Veranlassungen gelangte endlich die Anklage gegen den Hauptmann a. D. Müller v. Hausen vor der Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung. In der Schrift „Die Weisen von Zion“ war die Behauptung aufgestellt worden, daß an dem Haupte des verstorbenen Emil Rathenau die abgeschlittenen Königsopfe auf Opferaltären angebracht worden seien. Emil Rathenau, so wurde behauptet, habe als Mitglied der Loge „Zur aufgehenden Morgenröte“ auf den Sturz des kaiserlichen Hohenzollern hingearbeitet. In seinem Hause in der Viktorienstraße 3, in dem er wiederholt den Besuch des Kaisers empfangen habe, habe er 60 abgeschlittene Königsopfe auf Opferaltären anbringen lassen. Der ermordete Reichsminister Walter Rathenau habe gegen den Hauptmann a. D. Müller v. Hausen, als dem Herausgeber, Strafantrag gestellt. Müller v. Hausen habe auch die Verantwortung übernommen. Da der Prozeß bei der Ermordung Walter Rathenaus noch schwebte, hatte Rechtsanwalt Dr. Feil Grünspach für die Witwe Emil Rathenaus Strafantrag gestellt. Eine frühere Verhandlung hatte damit geendet, daß der Anklage die inkriminierte Behauptung zurückgenommen. Später widerrief er das und warf dem Gericht Protokollfälschung vor. Der Privatsekretär Walter Rathenaus Goldtiner schilderte in der neuen Verhandlung das innige Verhältnis zwischen Walter Rathenau und seiner Mutter. Der Minister habe aus Zartgefühl seiner Mutter gegenüber von den Angriffen in den „Weisen von Zion“ nichts gesagt, so daß Frau Rathenau erst nach dem Tode davon erfahren habe. Die beiden Sachverständigen, Prof. Bangert und Prof. Bornmann von der Technischen Hochschule, bezeugten, daß der Fries an dem Rathenau-Hause nach einer alten venezianischen Vorlage gearbeitet wor. Der Gedanke, es könnten abgeschlittene Königs-

(Nachdruck durch Welt-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Es ist aber doch ganz gut gegangen. Sind ein schöner, großer Herr geworden. Ein prächtiger Herr!“
 Leider muß ich auf meine Stellung Rücksicht nehmen. Ich bin der Chef. Die Autorität muß gewahrt bleiben, dachte er, während er hinter dem Mädchen auf die Bank zuschritt. Der liierte Portier rief die Tür auf.
 „Niemand kann alle seine Wünsche und Begierden erfüllen. Außerdem ist die Sache die,“ sagte, blättern im Telefonbuch, Jürgen und bat um die Nummer Adolf Sinshaimers, daß ich daselbe ungefährlicher haben kann und sogar ganz bedeutend reispoller, falls dieses Mädchen in dem orientalischen Salon tatsächlich Katharina ähnlich sieht.“
 Heute abend könne er nicht zum Essen nach Hause kommen, teilte er telephonisch Elisabeth mit, die daraufhin ihrem gegenwärtigen Geliebten, einem Maler, sofort telephonisch mitteilte, daß sie heute abend wieder auf eine Stunde zu ihm ins Atelier kommen werde.
 Wie damals vor der Annimiertneipe, standen die vier Schulkameraden schon wartend vor dem Portal, das auf den Raden zweier mamoriertes Gipsherkulesse ruhte. Adolf hob den Spazierstock wie eine Kerze. „Ich habe uns schon angemeldet. . . .“ Noch dieselbe Wirtin, eine alte Hure! Du erinnerst dich, Jürgen, wir sind damals vom Karforestaurant aus hingegangen. Aber andere Damen! In jedem Zimmer zwei Watschschiffen! Dabei doch dezente Aufmachung! Schon wie in Berlin!“
 Jürgen erkannte das von Säulen getragene, mit Gipsmarmorplatten ausgeschlagene Stiegenhaus wieder. Eine flackernde Kerze, eine hohe Frisur, zwei schwarze Riefenaugen und ein violetter Schlafrock kamen lautlos die Treppe herunter. Die geschminkte Wirtin legte sofort den Zeigefinger an den Mund, stieg voran.
 „Hols der Teufel, diese Leissetreter! Warum knipfen wir denn die Nachbeleuchtung nicht an!“ rief in dem Portierone seines alten Batteriefachs, der ihm Vorbild war, der Artillerieoffizier.
 Die Wirtin legte den Zeigefinger an den Mund. Der

Referendar versteckte seine Brieftasche in der Geheimtasche des Westensutters und lächelte.
 „Weil eben ein Menschengeficht zu lächeln vermag,“ sagte Jürgen vor sich hin und gedachte mit Erinnerungszärtlichkeit des Jürgen, der damals, um über seine knabenhafte Unsicherheit wegzutäuschen, die Mädchen wie ein erfahrener Lebemann begrüßt hatte. Heute trat er so gelassen in den orientalischen Salon, wie er als Chef in das Direktionsbureau der Bank trat.
 Alles spielte sich nahe den Teppichen ab. Niedrige Tischchen. Die Mädchen saßen und lagen auf Ottomanen und auf Polstern am Boden.
 „Na, ihr Kacker! Brust heraus!“ rief der Artillerieoffizier in dem Ton seines Batteriefachs und schnalzte gewichtig den Säbel ab, mit den Gebärden eines Mannes, der nur mit Pferden und Rekruten zu tun haben will.
 „Sagen Sie mal, wie gehts denn! Sind ja ne richtiggehende Schönheit.“ Adolf hatte sich, seitdem er Alleinhaber des Knopferporthaus' war, angewöhnt, schnoddrig wie ein Berliner zu sprechen und sich ganz so zu benehmen wie seine Vorbilder: die Berliner Großportreure, mit denen er in Geschäftsverbindung stand.
 Das auf der Ottomane liegende Mädchen streckte ihm die Patschhand hin. Auch sie — schwarzhaarig und bernsteingelb — sah orientatisch aus, kokettierte lässig mit ihrer weichen Hüfte, die sich aus dem orangefarbenen, geschlitzten Schlafrock langsam herauswölbte.
 „Sind ne süße Krabbe!“
 Jürgen schüttelte den Kopf: „Nicht Adolf Sinshaimer, sondern der Berliner Exporteur spricht.“
 Der Artillerieoffizier stand, batterieeffekt, auf gespreizten Beinen, nahm die Hüfte ab und wischte sich ätzend die Stirn, die ganz schweißri war und zweigeleilt: unten tiefbraun, wie das Gesicht, oben knabenweiß.
 Sieht aus wie ein alter Kinderkändler, dachte Jürgen, als der livrierte Diener — hübles, glattes Fuchsgesicht — den Champagner brachte. Der Diener hatte zusammen mit der Wirtin die Benison gegründet und finanziert und bezog die Hälfte des Reingewinnes.
 Sie sahen in der gepolsterten Ecke. „Ich komme dir,“ sagte, Schultern zurückzucken, Kopf vorgestreckt, das Sektglas unter der Achselhöhle, der Referendar zu Adolf, dessen Orientalin, Hüfte hochgewölbt, zusammengewollt in der Ecke lag und mit den mächtigen, weichen Schenkeln lockte.

„Ein Dutzend Flaschen Rosipon wäre mir lieber als dieses Weibergesüß.“ Der Batteriefach trant ex. hieb das jarte Glas auf die Tischplatte, hob mit rauhbeinig-väterlicher Gebärde die erst siebzehnjährige Blondine auf seinen Schoß und drückte das Köpfchen an seine breite Brust.
 Der Referendar wählte die Kellstube und Schönste, ein vierundzwanzigjähriges kühles Wesen, das ein Bankkonto besaß und erst vor zehn Minuten zu einem Mann, der gerne noch eine Stunde geblieben wäre, gesagt hatte: „Ich muß tüchtig sein.“ Beide saßen zurückgelehnt, Arm in Arm.
 Der Referendar sprach von Staatsanwalt Karl Benz. „ . . . und nächste Woche hat er einen Nordprozeß. Wenn es ihm gelingt, ein Todesurteil zu erzielen, ist seine Karriere gesichert. Dann gehts aufwärts.“ Er zuckte nach vorne, Sektglas unter der Achselhöhle: „Ich komme dir.“
 „Solch ein Staatschafstopp zu werden wie der, hat auch mir geblüht.“ Jürgen mußte lächeln über das Gebaren seiner Schulkameraden. „Nicht der Referendar A., sondern der Referendar überhaupt, nicht der Knopferporteur S., sondern der Exporteur und der Artillerieoffizier überhaupt sitzen hier und haben Gefühle,“ dachte er. „Und später werden nicht einmal Referendar, Exporteur und der rauhe Artillerieoffizier überhaupt die Mädchen umarmen, sondern sie allein, die Lebenskraft, sie ganz allein wird die Umarmende sein.“
 Die Flügeltür tat sich auf. Und Jürgen, der sich folgnert und dabei freimütig benommen hatte wie einer, der das Leben kennt und ihm seinen Lauf läßt, wich zurück.
 Herein schritt Katharina, reichte spitzig die Hand und setzte sich neben Jürgen.
 Verblüfft betrachtete er den gebogenen Raden, den kleinen Mund. Fürchte! sofort, daß er, wenn sie zu sprechen begänne, diese vollkommene Illusion verlieren würde.
 „Hab ich zu viel versprochen?“ rief Adolf Sinshaimer, dessen Hand auf der gewölbten Hüfte der Bernsteingelben lag.
 „Na, was hab ich gesagt!“
 Gedankenknapp, plötzlich, ganz plötzlich verwandelte sich seine Furcht in die atembeklemmende Furcht, sie könnte auch im Ton der Stimme Katharina sein. Dann müßte ich diese Schweine niederschlagen, dachte er erbebend, stellte sich in seinem Gefühle schließend vor Katharina. Und gleichzeitig brach in die Gefühlslücke und tote Einsamkeit der letzten Jahre die Sehnsucht ein mit solcher Gewalt, daß sein ganzer Körper stundenlang von Bähmung befallen war.

(Fortsetzung folgt)

Wirtschaft

Vom Arbeitsmarkt.

Das Brandenburgische Landesarbeitsamt berichtet über die Arbeitsmarktlage in der Provinz Brandenburg vom 10. bis 15. März 1924.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigte mit Ausnahme einiger örtlichen Stellen eine weitere günstige Entwicklung, die sich weiter auswirkte in einem weiteren Rückgang der Zahl der Arbeitslosen.

In der Landwirtschaft ist die Nachfrage nach ledigen Arbeitskräften, insbesondere jüngeren Anwärtern, weiter sehr zuge. Die gemeldeten Stellen konnten nicht immer reiflos besetzt werden. Deputatarbeiter werden in den meisten Fällen nur eingestellt, wenn zugleich mehrere Hofjungen gestellt werden. Die Ziegeleiindustrie hat Nachfrage nach einigen Arbeitskräften zu verzeichnen. Die Beschäftigungsverhältnisse in den Zementfabriken entwickelten sich günstig; es sind weitere Einstellungen vorgenommen worden. Die Steingut- und Porzellanfabriken forderten vereinzelt neue Arbeitskräfte an. In der Metallindustrie zeigte sich eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Trotzdem ist die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter verhältnismäßig noch hoch. Die optischen Glaskleberarbeiten waren für tüchtige Facharbeiter immer noch ausnahmefähig. Die etwas mildere Witterung hat veranlaßt, daß im Baugewerbe weitere Einstellungen von Bauhandwerkern in beschränktem Maße vorgenommen wurden. Im Holz- und Schnitstoffgewerbe ist der Geschäftsgang wesentlich günstiger als in der Vorwoche. Die Vermittlungslosigkeit war sehr gering, so daß es nur mit Hilfe des zweiseitigen Ausgleichs möglich war, die geeigneten Kräfte zu besorgen.

In der Textilindustrie kann die Arbeitsmarktlage als sehr gut bezeichnet werden. Es wird in einem großen Teil der Betriebe mit Überstunden und Doppelschichten gearbeitet. Bei einigen Fachgruppen macht sich auch ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar; auch werden besonders jüngere weibliche Arbeitskräfte verlangt, die nicht immer gestellt werden können.

Das Bekleidungs-gewerbe war weiter aufnahmefähig. Auch in der Binnenschifffahrt zeigten sich Anläufe einer kleinen Belebung des Arbeitsmarktes.

Das Dienstleistungsgewerbe war verhältnismäßig gut beschäftigt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat in Groß-Berlin nach den Feststellungen des Landesarbeitsamtes Berlin auch in der letzten Woche eine wesentliche Verminderung erfahren. Der gute Geschäftsgang, der sich in einigen Berufsgruppen herausgebildet hat, hat angehalten. Die Konjunktur in der Radioindustrie hat auch zu einer weiteren Belebung des Holzgewerbes mit beigetragen. Neuerdings belebt sich auch das Verkehrsgewerbe. Die Straßenbahn-, das Expeditions- und Fuhrergewerbe und andere Verkehrseinrichtungen geben bereits wieder Aufträge zur Einstellung von Arbeitskräften. Allmählich lebt auch durch Überwindung der Inflation das Versicherungsgewerbe auf; jedoch führte dieses mit Rücksicht auf die hohe Zahl der Stellenflehenden, die zudem noch durch den Behördenabbau fortgesetzt eine erhebliche Vermehrung erfahren im allgemeinen nicht zu einer Entlastung des Stellenmarktes. Im Jugendlichen, namentlich weiblichen Arbeitskräften macht sich infolge der großen Anforderung ein Mangel bemerkbar. Insgesamt waren bei den Arbeitsnachweiser 176394 Personen eingetragen gegen 192999 der Vorwoche. Darunter befanden sich 133819 (145485) männliche und 42575 (47514) weibliche Personen. Davon entfielen auf Angestellte und Facharbeiter 132509 (146942) Personen, Un-er-fähigung bezogen 95009 (111925) männliche und 21292 (26259) weibliche, insgesamt 116301 (138184) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Hilfsarbeiten Ueber-wiesenen betrug 2421 gegen 4356 der Vorwoche.

Die Berichte über die einzelnen Gewerbezweige deuten sich im allgemeinen mit den Angaben des Brandenburgischen Arbeitsamtes.

Rückgang des Hausbrandkohlenverbrauchs.

Der großstädtische Verbrauch an Hausbrandkohle ist in diesem Winter außerordentlich stark zurückgegangen. Daraus und aus dem Rückgang der industriellen Konjunktur erklärt es sich, daß Kohlenüberfluß vorhanden war, während die Kohlenproduktion Deutschlands infolge der Abtrennung des Ruhrgebiets so gering war wie noch nie vorher. Die Schwächung der Kaufkraft, die im letzten Stadium der Inflation eingetreten ist, hat

ja bekanntlich in jeder Familie den Verzicht auf die notwendige Heizung zur Folge gehabt. In Hand der Braunkohlenbrütter-Verladungen nach Groß-Berlin für Hausbrandzwecke stellte sich der Verbrauch in den einzelnen Monaten der letzten Jahre folgendermaßen:

	1921	1922	1923	1924
Januar	141 828	168 604	140 606	172 471
Februar	140 209	112 273	167 492	146 243
März	181 180	174 079	127 669	..
April	192 787	184 008	120 055	..
Mai	124 517	150 074	181 691	..
Juni	125 971	180 084	181 690	..
Juli	189 896	184 019	194 497	..
August	141 393	181 511	110 223	..
September	185 879	178 069	122 759	..
Oktober	141 547	190 600	41 163	..
November	184 090	129 005	80 047	..
Dezember	181 690	188 008	85 614	..
	1821 410	1782 834	1482 423	

Besonders stark ist der Rückgang des Hausbrandkohlenverbrauchs im Oktober 1923. Mit 41 163 Tonnen betrug er nur ein Viertel des Verbrauches im Vorjahre. Auch in den folgenden beiden Monaten blieb der Verbrauch außerordentlich gering und er nahm erst wieder zu, nachdem infolge des langen Winters die Bestände auf das äußerste gestiegen waren. Berücksichtigt man den Brütterverbrauch Berlins in den Monaten Oktober bis Februar während der letzten Jahre, so kamen zum Vergleich im Winter 1921/22 687 133, im folgenden Winter 769 609 und im letzten Jahr zu Ende nehmenden Winter nur 525 540 Tonnen. Im letzten Jahr ist also ein Rückgang um rund 30 Proz. zu verzeichnen. Dabei kann von einer übermäßigen Eindeckung auf Vorrat in den vorangehenden Monaten nicht die Rede sein. Schon in den Monaten August und September des vorjährigen Jahres, als die Ruhr noch rapide fürzte, war infolge der verringerten Kaufkraft die Eindeckung der Großstadt mit Kohlen wesentlich hinter den gleichen Zeiten der vorangehenden Jahre zurückgeblieben, nachdem allerdings der Juli stärkere Vorratshäufungen gebracht hatte.

Auch diese Zahlen sind ein bezeichnender Hinweis darauf, von wem die Inflation bezahlet wurde. Alle Arbeiter und Selbstbedienten, deren Gehälter und Löhne sich der Geldentwertung nicht schnell genug anpassen konnten, mußten im vorangehenden Winter ihren Bedarf an Heizmaterialien auf das äußerste beschränken und so

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,76—17,25	Röstzetreide, lose ..	16,00—17,00
Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,00	Kakao fettarm ..	100,00—125,00
Haferslocken, lose ..	18,25—19,00	Kakao, leicht entölt ..	130,00—153,00
Hafersgrütze, lose ..	18,75—19,25	Tea, Souchon, gepackt ..	250,00—420,00
Ro-gemehl 0/1 ..	12,75—14, 8	Tea, indischer, verpackt ..	425,00—475,00
Weizenmehl ..	18,00—18,50	Inlandszucker basis mel. ..	40, — 42,00
Hartweizen ..	22,00—23,50	Inlandszucker Raffinade ..	42,50—44,50
7% Weizenmehl ..	14,50—16,00	Zucker Würfel ..	46,00—48,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—18,00	Kunsthonig ..	40, — 45,00
Speisebren, Victoria ..	19,00—22,71	Zuckerersatz hell in Elm ..	49,00
Speisebren, kleine ..	14,00—17,00	Speiseersatz dunkl. in Elm ..	31,00—35,00
Bohnen, weiße, Perle ..	28,25—24,00	Marmelade Eintr. Erdb. ..	108,00—120,00
Landbohnen, hanoveries. ..	3 1/2—2 1/2	Warmeide Vierfrucht ..	40,00—55,00
Linsen, kleine ..	26,00—23,00	Pflaumenmus in Eimern ..	46,00—50,00
Linsen, mittel ..	36,50—42,00	Stemmsalz, lose ..	3,50—4,00
Linsen, große ..	43 8—49 8	Siedesalz, lose ..	4,25—4,50
Kartoffel ..	16,0—18,00	Bratenschmalz in Tierces ..	68,00
Makkaroni ..	40,00—45,00	Bratenschmalz in Kübeln ..	70,00
Makkaronimehl ..	37,00—38,5	Puree in Tierces ..	67,00
Schnitzmehl, lose ..	31,00—23,00	Puree in Kisten ..	68,00—69,0
Bratereis ..	15,25—17,5	Speisetaig in Packung ..	46,00—50,00
Rauwoll Reis ..	17,00—19,50	Speisetaig in Kübeln ..	46,00—48,00
Tafelreis, glasiert, Patna ..	21,00—21,00	Margarine, Handelsm. I ..	56,0
Tafelreis, Java ..	31,00—36,0	desgl. II ..	48,00—52,00
Rin-Spelt, amerik. ..	118,00—120,00	Margarine, Spezialm. I ..	70,00
Getr. Pflaumen 0/100 ..	43,00—48,00	desgl. II ..	60,00—65,00
Pflaumen, entsteint ..	52,00—55,00	Molkereibutter I, Pflaumen ..	200,00
Rosinen in Kisten, Canada ..	78,00—80,00	Molkereibutter in Pack. 210 ..	210,00
Sultaninen Carab.rou ..	85,00—95,00	Landbutter in Packungen ..	170,00
Korinthen, choice ..	80,00—83,00	Landbutter in Packungen ..	150,00
Mandeln, süße Bari ..	145,00—160,00	Auslandbutter ..	205,00—210,00
Mandeln, bittere Bari ..	135,00—150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	35,00—36,00
Zimt (Cassia) ..	110,00—120,00	Speck, gesalzen, fett ..	62,00—66,00
Kümmel, holländischer ..	135,00—165,00	Quadratkäse ..	40,0—50,00
Schwarzer Pfeffer sängap. ..	98,00—116,00	Quarkkäse ..	35,00—50,00
Weißer Pfeffer ..	130,00—140,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	115,00—125,00
Rohkaffee Brasil ..	180,00—215,0	Tilsiter Käse, halbfett ..	90,00—95,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	200,00—230,00	Aust. ungesüß. Condens. ..	23,00—25,00
Rohkaffee Brasil ..	240,00—280,00	inländische Gesgl. 4 1/2 ..	18, 8—19,0
Röstkaffee Zentralam. ..	315,00—400,0	inl. sez. Condensm 4 1/4 ..	28,50—29,5
Malakaffee, gepackt ..	23,00—25,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

durch Ersparnis von Naturgasen die Realentnahmen schaffen, die dem Staate mit Hilfe der Rentenprelle und den Inflationsgewinnen über Börse und Warenmarkt zufließen.

Industrietagung. Am 26. und 27. März wird eine Industrietagung gemeinsam vom Reichsverband der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veranstaltet. Diese wird eingeleitet durch eine Sondertagung der beiden führenden Industriefachorganisationen. Beim Reichsverband der deutschen Industrie werden einige Sitzungen des Präsidiums und des Vorstandes und eine geschlossene Mitglieder-versammlung abgehalten, die ergänzt werden durch Sitzungen der handelspolitischen Kommission, des Verkehrsausschusses und des Ausschusses für gewerblichen Rechtsschutz. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat Einladungen erteilt zu folgenden Veranstaltungen: Zur Sitzung des Vorstandes des großen Ausschusses und zu einer Mitgliederversammlung, in der Dr. Längler den Geschäftsbericht erteilt wird. Die Mehrzahl der Sitzungen findet im Gebäude des Reichswirtschaftsrates statt.

Die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf beendete soeben ihr Schuljahr 1923/24. Unter Beisein von Vertretern der Staats- und Gemeindebehörden, sowie Gewerkschaften aller Richtungen leitete der Direktor Dr. See nach der Abschlussfeier ein, die einen Ueberblick über die Arbeitsweise der Anstalt und die erzielten Erfolge vermittelte. Die Leistungen der Schüler zeigten, daß sie im abgelaufenen Schuljahr trotz widriger äußerer Umstände z. B. der Ruhrbefehung und ungenügender Finanzierung des Instituts sich die Grundlagen einer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bildung zu verschaffen wußten. Das Mitte 1922 gegründete Institut nimmt heute in dem Bildungswesen des industriellen Westens eine anerkannte Stellung ein. Zur Entlassung kamen 22 Schüler, die den freien, christlichen und hirsch-Dunderlichen Gewerkschaften angehören. Um es den Schülern zu ermöglichen, ihre Studien im Auslande fortzusetzen, ist ein Austausch mit gleichartigen Bildungseinrichtungen aller anderen Länder angebahnt. Schon in diesem Jahre gehen 4 bis 6 der entlassenen Schüler nach England, wo sie im Rustin-Colleg in Oxford Aufnahme finden werden.

Der Rückgang des Börsenverkehrs in den letzten Wochen geht aus Mitteilungen der Berliner Handelsgesellschaft zu ihrem Geschäftsbericht hervor. Gegenüber der Hochkonjunktur des Vorjahres war der Rückgang außerordentlich schroff. Die Umsätze sind in den letzten Tagen bis auf ein Viertel der Vorjahresumsätze zurückgegangen. — Im übrigen sind die Abschlußjahre der Handelsgesellschaft kaum von besonderem Interesse. Einige Jahren-aufstellungen, die von vornherein gänzlich mäßiglich anmuten und obendrein noch auf Papiermarkt, anstatt auf Goldmarkt gestellt sind, sollen angeblich über den Vermögensstand Aufschluß geben. Die Gewinn- und Verlustrechnung läßt die Möglichkeit einer Zahlungsbilanz von 1 Proz. (in Gold). Der Reingewinn beträgt 1219 Millionen Goldmark. Die Stäubiger stehen mit 24,56 Millionen Goldmark zu Buche; es handelt sich hierbei um Dividenden-einlagen der Bankkunden, da die Papiermarkteilhaber seit längerem fast ganz ausgeblieben sind. Man rechnet auch bei der Handelsgesellschaft mit einer Zusammenlegung des Aktienkapitals, obwohl dieses während der Inflationsperiode nicht vermehrt worden ist.

Banken und Golddiskontbank. Zwischen der Reichsbank und den Großbanken ist bereits eine Einigung wegen der Beteiligung dieser Finanzkreise an der Garantie für die Golddiskontbank erzielt worden. Weiter fanden Verhandlungen statt mit den Berliner Privatbankiers, denen die Reichsbank nahelegte, für je 500 000 Goldmark eine Garantie zu übernehmen, wovon ein Viertel in der eingezahlten Höhe. Die Privatbankiers beklagten sich ihre Stellungnahme vor.

Dementis. Sowohl von der Hamburger wie von der Berliner Warndörfer aus werden die Nachrichten, daß der Metallhandel an der Frankfurter Börse Verluste erlitten habe, in Abrede gestellt. Unter diesen Umständen ist es doppelt auffällig, daß seit der Echolmie des französischen Reanlen der Rückgang der deutschen Effektenkurve angehalten hat, der übereinstimmend mit Schweregezeiten deutscher Warenimporteure bei der Begleichung eingegangener Fremden-schulden bearbeitet wurde.

Übler Mundgeruch

wird ab-
ge-
hoben
durch
die
bekannte
Zahnpasta Chlorodont.

Für stärkste Figuren Passendes.

Extra-Preise für 4 Tage!!!

13 ⁵⁰	24 ⁵⁰	68 ⁵⁰	78 ⁷⁵
------------------	------------------	------------------	------------------

Covercoatmäntel, Mäntel m. Blossen-gestreif, Pr. Gabardinekostüme, Modell-Kostüme

Herren- und Damen-Cummimäntel, Imprägnierte Covercoat-Mäntel, Windjacken, Übergangsmäntel, Strickjacken und -westen, schwarze Frauenmäntel, Kleider, Röcke, Krimmelmäntel, Woll- und Silberplüschmäntel und Uster zu enorm billigen Preisen.

Es lohnt sich

Jetzt zu Sommerpreisen

99 ⁵⁰	172.-	189.-	498.-
------------------	-------	-------	-------

Seidenplüschmäntel, Seidplüschmäntel, Pelzjacken, Aparte Pelzmäntel

Extra-Abteilung Trauermagazin

Größe Auswahl in Trauerkostümen, Kleidern, Mänteln, Blusen, Hüten, Röcken, Schleier und Armilern in sämtlichen Preislagen.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

REEMTSMA CIGARETTEN

REEMTSMA A.-G. ALTONA-BAHRENFELD

SWANTEWIT

PROVENIENZ: KARCHI-JACCA MADEN
LYGDA-BASMA PERSITZAN ZICHNA-DUBEC

Die wohltuende Wirkung der Sorte nach starken Anstrengungen und Aufregungen entsteht durch eine besondere Auswahl rassisger Tabake (Thraziens, die durch Hinzunahme feiner und süßer Dubec-Blätter abgerundet u. durch Verwendung von Xanthi-Jacca und Maden mit einer edlen Würze durchdrungen wurden.

Haushaltseifen-Fabrik
Sodafreie harte Ware!

Johannes Dietz, Klosterstraße 44.

Steppededen
Preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmendel,
7, Wallstr. 72/73 Spittelmarkt,
© Gehört u. Nikolsburg, Pl. 2
Wiedergabe wird anstands-

Drum prüfe, wer sich ewig bindet

Trauringe

Ring Du strogis von 1/20 Goldmk. an
Ring 185 esimp von 600 Goldmk. an
Ring 333 gestemp. von 250 Goldmk. an
Lina-he Rin-e 1,90 Goldmark

aermann W. ese, Juwelier, Berlin N, Artilleriestr. 30

Minuten vom Hpt. Friedrichstr. 46, Untergrundbhf. Oranienb., Tor
Berlin W, Passauer Str. 12, Untergrundbhf. Wittenbergplatz
Garantieschein für gesetzlichem Goldinhalt
Telef. Adr. Trauringen Berlin - Versand nach auswärts
Fabriküberzeugung - Preisliste gratis

Stutzflügel oder Klavier
zu kaufen resp. zu Ankauf von Privat an Pri. Lily Berndt, Potsdamer Str. 118, Tel. Lit. 09 132/11

REEMTSMA SWANTEWIT

7

Nieder mit den Machtpolitikern!

Wahlforderungen der Gewerkschaften.

Der Reichstag, den das deutsche Volk vor vier Jahren gewählt hatte, ist aufgelöst worden. Die seitdem verfloßenen Jahre haben uns wenig Gutes gebracht, und wie damals, so liegt auch heute noch die Zukunft dunkel vor uns. Feindlicher Druck hat sich auf unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet gelegt und damit die deutsche Wirtschaft an ihrem Lebensnerv getroffen. Und während Stegessünder in Gemeinschaft mit Separatisten ganze Gebietsteile von Deutschland loszureißen droht, erhob im Osten, Norden und Süden der Aufruhr sein Haupt, um das republikanische Deutschland zu stürzen und die Militärmonarchie der Vorkriegszeit wieder einzuführen. Bayerns Regierung machte sich zur Stütze dieser hochverräterischen Umtriebe, bis sie selber fürchtete, hinweggerissen zu werden, und den Aufruhr unterdrückte. Fast täglich erscheinen dagegen die kommunistischen Versuche zur Erneuerung revolutionärer Erhebungen in Mitteldeutschland und Hamburg, denen die Reichsregierung mit dem ganzen Schwergewicht der Diktatur entgegengetreten ist, während sie den nationalsozialistischen Hochverräter gegenüber versagte. In diesem Chaos außenpolitischer Bergewaltigung und innerer Zerrissenheit, wirtschaftlichen Verfalls und sozialpolitischer Reaktion wird das deutsche Volk an die Wahlurne berufen, um die neue Volksvertretung zu wählen.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes, um die Zusammensetzung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob

Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch

sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtlosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten.

Die Erhaltung und Verteidigung der Republik

müß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft gegen neue Kriegsgefahren, sowie für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer

festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch wertvolle Arbeit. Nicht Waffen, — — nur friedliche Arbeit kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergesundung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Politik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdictatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, aufbietet.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten, — das sind deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die

das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schrankenloser Ausbeutung verzwüflet, anstatt sie durch Schutzleistungsfähiger zu machen.

Deshalb fordern die Gewerkschaften die Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages

gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten

einen auskömmlichen Lebenslohn

zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht.

Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzudrücken, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und verzwüflet den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch einen nachdrücklichen Preisabbau und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch Unterbringung der Erwerbslosen in der Urproduktion zu vermindern und die drückende Not durch eine geregelte Arbeitslosenversicherung zu mildern. Durch Ueberführung von Er-

werbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und die Volkskraft gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften

gegen den Abbau der Sozialpolitik,

der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn endlich den Besitzenden dieselben Steuerlasten auferlegt würden, wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den Ausbau des Arbeitsrechtes als starken Hort der Arbeit, vor allem für die Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für ungeschmälertes Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die beschleunigte Förderung des Wohnungsbauwesens zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohnneinzommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Ertragnissen der allmählichen Mietaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese

Wahlforderungen der Gewerkschaften

einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Pläne der militärischen und industriellen Machtpolitiker zunichte gemacht werden.

Sorgt dafür, daß am Wahltag eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgschaft

für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland

bietet, für eine Zukunft, in der auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh werden und für seine Pflichterfüllung auf

Anerkennung seiner Arbeiterrechte

rechnen kann.

Deutsche Arbeiter! Bedenket diese Forderungen in allen Betrieben, in Stadt und Land, besprecht sie in allen Versammlungen, legt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben und führt sie zum Sieg!

Der Kampf der Beamten.

Berufsbeamtentum und Reichstagswahlen.

Von Albert Falkenberg.

Es ist nicht immer leicht, den um den Bestand des Berufsbeamtentums entbrannten Kampf von Schlagworten zu befreien. Welche Kreise der Beamten selbst stöden mit ihren Anschauungen noch tief in den Ueberlieferungen einer toten Zeit. Ihnen fehlt die Erkenntnis, daß der Weg zur neuen Gesellschaft durch den neuen Staat geht. Wenn schon von dem nichtbeamteten Staatsbürger zur Schaffung des neuen Staates ein wesentlich höheres Maß von Staatsgelinnung, als es zurzeit durchweg vorhanden ist, verlangt werden muß, dann erst recht von dem Beamten, der doch nach Artikel 130 der Reichsverfassung „Diener der Gesamtheit“, eben des Staatsorgan sein soll und darum als Sanktion des Staates seine Tätigkeit auszuüben hat.

Wenn jetzt infolge der wachsenden Gefahr der Privatisierung von Reichsbetrieben das Berufsbeamtentum bedroht erscheint, dann nehmen aus naheliegenden Gründen die Gegenmaßnahmen der Beamten oft ihren Ausgang von Erwägungen, die mit der vorstehend gekennzeichneten staatsrechtlichen Grundausfassung nur in losem Zusammenhang stehen. Die Beamten übersehen bei ihrer Stellungnahme, daß durch den Uebertritt in den Dienst der Erwerbsgesellschaft ihr Berufsbeamtentum an sich noch nicht gefährdet zu sein braucht. Die sozialen Sicherungen könnten auch weiter gewahrt bleiben, z. B. Anstellung auf Lebenszeit, Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung u. a. m. Aus einer Umstellung des staatsrechtlichen Beamtentums auf die Grundlage des Privatvertrages könnten sich im Augenblick sogar Verbesserungen als automatische Auswirkung der alsdann maßgeblichen Gesetze ergeben, während Verschlechterungen durch den Uebernahmevertrag vorgebeugt würde. Die Gefahr liegt in der Entwicklung der politischen Konstellation, die wir zurzeit erst in ihren Anfängen auszuloten haben. Wenn es den Herren der Wirtschaft gelingt, mit fortschreitender Eroberung der politischen Macht den Staat in noch höherem Maße als bisher unter ihre Herrschaft zu zwingen, dann wird zwangsläufig der „klassenlose Abbau“ des Beamtentums einleiten, weil dann die Gesetzgebung vollkommen unter ihren Einfluß gerät.

Wenn die Beamten diese Problemstellung erkennen, werden sie begreifen, daß sie allein durch die Reichstagswahlen in die Lage versetzt werden, die Verwirklichung des ihrerseits mit Recht gesüchteten Zustandes zu verhindern. In dieser Beziehung befinden sich die Beamten in der gleichen Lage wie Arbeiter und Angestellte — wie die gesamte Arbeitnehmerchaft. Gewerkschaftspolitische Arbeit kann nur als Vorarbeit für die politische Tat durch den Stimmzettel gemertet werden. So läßt sich der Glaube nicht aufrechterhalten, daß die Gewerkschaft allein könne ausschlaggebend auf die für das Einzelschicksal

des Arbeitnehmers oder das Schicksal seiner Gruppe maßgebende Gestaltung der politischen Machtverhältnisse einwirken, so schwierig ist der praktische Versuch, losgelöst von Weltanschauungsfragen, sozusagen mit wirtschaftspolitisch eingestellten Arbeitnehmerruppen die parteipolitische Linie beherrschen zu wollen. Die Durchführung solcher Versuche zeigt die seltsamsten Blüten. So wird in Süddeutschland zurzeit sogar der Wahlvorschlagn einer einzelnen Beamtensategorie mit annähernd 18 000 Köpfen für die Landtagswahlen unterbreitet, nachdem der jener Beamtengruppe zugehörige Landtagsabgeordnete von seiner politischen Partei nicht wieder aufgestellt worden ist. Kann man sich wundern, wenn durch derartige Experimente der Rest politischen Ansehens der Beamten zum Schaden der gesamten Beamtenschaft verloren geht? Noch weniger vorbildlich erscheint der bei den letzten Thüringer Landtagswahlen von dem Führer des Thüringischen Beamtensbundes mit Erfolg unternommene Versuch, auf den Rücken des durch Arbeitgebergehälde finanzierten Ordnungsbundes geschloß im Interesse der parteipolitisch neutralen Beamtenschaft in den Landtag zu gelangen, um hinterher die Neutralitätsmaste abzulegen und sich der eigenen Partei anzuschließen — zum Entsetzen der sich zu anderen Parteien bekennenden Wähler und wiederum zum Schaden des politischen Ansehens der gesamten Beamtenschaft. Der Beamte, der nicht den Mut findet, vor der Wahl sein politisches Glaubensbekenntnis in aller Deutlichkeit abzugeben, verdient weder das Vertrauen seiner Berufsgenossen noch das der von ihm auf falsche Fährte gelockten nichtbeamteten Wählerschaft.

Nur die politische Einstellung der Beamten sichert ihnen die Anerkennung der politischen Parteien. Diese Einstellung kann naturgemäß nur erfolgen, wenn die Beamten aus ihren gewerkschaftlichen Forderungen die politischen Schlussfolgerungen ziehen, wie das z. B. in den soeben veröffentlichten Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes geschehen ist. Wie sollen die gewerkschaftlichen Forderungen der Beamten auf dem Gebiete des Beamtentums, der Befoldungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Erhaltung und Festigung des Berufsbeamtentums Erfüllung finden, wenn nicht unter Wahrung des obersten Grundgesetzes der Unabhängigkeit des Staates von kapitalistischen Einflüssen die Vertretung folgender allgemeiner politischer Forderungen von den politischen Parteien verlangt wird:

Ausgleich des Reichshaushalts durch steuerliche Erfassung der Produktion an ihren Quellen, u. a. durch eine progressive Grundwertsteuer und durch Erweiterung des staatlichen Erdbrechts. Ablehnung der gestiegenen und nichtfachen Belastung des Massenkonsums mit indirekten Steuern. Scharfe Heranziehung des Besitzes und der großen Einkommen zu den steuerlichen Lasten.

Erfassung der Sachwerte durch Beteiligung des Reiches an allen Betrieben sowie am Grundvermögen zur Verhinderung einer der Volksgesamtheit schädlichen Konzentration

des Privateigentums und Stärkung der Staatsautorität gegenüber der Wirtschaft.

Jedem Versuch der Privatisierung der Reichsbetriebe ist entgegenzuwirken. Der in den Reichsbetrieben investierte Besitz muß dem Reiche erhalten bleiben.

Nur wenn es gelingt, die deutsche Republik zu einem lebenskräftigen sozialen Wirtschaftsstaate auszubauen, werden die breiten Schichten der Arbeitnehmer das innere Verhältnis zum Staate gewinnen, ohne das weder der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, noch die Gesundung des deutschen Volkstörpers erreicht werden kann.

Die Sicherung des Berufsbeamtentums im Sinne einer fortschrittlichen Entwicklung ist nur denkbar, wenn Steuer- und Wirtschaftspolitik mit ihren Auswirkungen die Grundlage bilden. Wie kein anderer Berufsstand, haben darum gerade die Beamten ein besonderes Interesse an der Zusammensetzung der Parlamente, insbesondere aber des Reichstages, weil er über alle partikularistischen Bestrebungen der Länder hinweg den Hebel der Beamtengesetzgebung in der Hand hält. Wenn es der Beamtenschaft nicht gelingt, die Anwendung ihrer politischen Macht bei den Reichstagswahlen auf diesen Gesichtspunkt einzustellen, dann werden die Folgen des Ermächtigungsgesetzes verbläßen gegenüber den Maßnahmen, die die Regierung unter dem Druck der neuen Reichstagsmehrheit zur „Umbildung“ des Beamtentums ergreifen wird.

Die Texterläuterung des Bröltzer Programms der Sozialdemokratischen Partei enthält einen Absatz folgenden Inhalts:

„Das Kapital kauft Beamte, das Kapital kauft Druckerlein, Papier, Zeitungsbüchse samt dem lebenden Inventar von Journalisten. Es kauft, indem es für sie die Kosten der stets teurer und häufiger werdenden Wahlkämpfe bestreitet, politische Parteien. Es bringt auf diese Weise die modernsten Herrschaftsmittel in seine Gewalt, es kommandiert die Gehirne der Wähler und droht einem Absolutismus zu entwickeln, der, einmal begründet, fester bestehen würde als jener des Jazens.“

Diese Ausführungen sind 1922 niedergeschrieben. Einer Heuch jener unheilvollen Machtentfaltung haben die Beamten seitdem verspürt, die Atmosphäre privatkapitalistischer Herrschaft hat auf das Berufsbeamtentum gewirkt wie ein Keil in der Frühlingnacht. Sollen seine Wurzeln nicht absterben, müssen die Beamten selber helfen. Sie haben die Macht dazu, wenn sie sich vor Abgabe des Stimmzettels bei den Reichstagswahlen zu dem Wort des Dichters Ruckatuli bekennen:

„Wer denkt, kann nicht verloren gehen. Wer denkt, siegt!“

Für die Reichstagswahlen. Die gestern ausgegebene Nummer 30 des Reichsgesetzblattes Teil 1 enthält die Reichstimmordnung mit den zur Vorbereitung und Durchführung der Reichstagswahl erforderlichen Bestimmungen.

Der Reichstag 1920-1924.

Kaiser Wahlhandbuch.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler, herausgegeben vom Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist erschienen. Es kann von den Funktionären und Mitgliedern der Partei durch die Organisationen bezogen werden. Das Handbuch enthält weit über den Rahmen eines reinen Wahlhandbuchs hinaus eine zusammenhängende Darstellung der Finanz- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in den letzten vier Jahren sowie eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen den innerdeutschen Problemen und der außenpolitischen Stellung Deutschlands.

Die deutsche Gesetzgebung von 1920 bis 1924 ist von ersten Sachkenntern gedrängt dargestellt und kritisch besprochen worden. Aus dieser Darstellung heben sich die großen Probleme heraus, mit denen die deutsche Politik ringt. Aus der Fülle der Einzelheiten heraus zeigt sich die klare und sinnvolle Linie der sozialdemokratischen Politik.

Das Handbuch gibt unseren Genossen nicht nur wertvolles Material für den Wahlkampf, es fördert vielmehr wie keine andere Veröffentlichung das Verständnis für die Zusammenhänge und die Probleme der deutschen Politik und für die Politik der Sozialdemokratischen Partei. Wir empfehlen allen Genossen das Wahlhandbuch als politisch-geschichtliches Lesebuch.

Die unsterbliche Lüge.

Katastrophenpolitik oder Erfüllungspolitik.

In der „Kreuzzeitung“ vom 18. März greift ein Herr Hans Bram aus Genf die Außenpolitik von Herrn Stresemann an. Den Gegensatz zwischen dem, was er als deutsche Außenpolitik empfiehlt, und der Außenpolitik von Stresemann bringt er auf die Formel: „Deutscher oder französischer Kurs.“ Deutscher Kurs gleich Katastrophenpolitik im Sinne Hefferichs, französischer Kurs gleich Erfüllungspolitik, wobei wir die Frage, wie weit die Außenpolitik Stresemanns mit einer auf die Befreiung der besetzten Gebiete gerichteten Erfüllungspolitik identisch ist, hier unerörtert lassen. Das Bemerkenswerte daran ist die Methode, jede andere als die deutsch-nationale Außenpolitik als frantrophil und deutschfeindlich zu bezeichnen, während gleichzeitig die Schuld an der schweren außenpolitischen Lage Deutschlands auf die Parteien gemäht wird, die sich ernsthaft um ihre Verbesserung bemühten. Dieser Schriftsteller schreibt in der „Kreuzzeitung“:

„Erzberger, Scheidemann, Rathenau, Wirth und Stresemann haben alle Realpolitik getrieben? — Die Scherben zeigen, wie gesund die Politik war.“

Die inneren Kräfte, die in Deutschland dem französischen Imperialismus in die Hände gearbeitet haben, waren vor allem die Deutschnationalen. Ihre Steuerlabotage, die Hehreden ihres Führers Hefferich an den kritischen Punkten der deutschen Entwicklung haben in Deutschland den Boden für eine planvolle Befreiungspolitik gerührt. Die Scherben sollen nicht der Realpolitik, sondern den Propagandisten der Katastrophenpolitik zur Last, und den Männern in allen bürgerlichen Parteien, die ihnen geholfen haben.

Die so als frantrophil geschmähte Realpolitik hatte Sinn und Ziel. Aber die von der „Kreuzzeitung“ empfohlene Katastrophenpolitik? Als ihr Hauptpropagandist Hefferich im Sommer 1922 im Auswärtigen Ausschuss gefragt wurde, was auf ein deutsches „Rein!“ in seinem Sinne erfolgen werde und erfolgen solle, antwortete er: „Das weitere wird sich dann entwickeln.“ Inzwischen hat sich die Ruhrbesetzung entwickelt. Die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen für Deutschland kennt jeder. Sollen wir uns in dieser Richtung noch weiter entwickeln? Ein guter Rat fürwahr, der uns da vom sicheren Port des neutralen Auslandes gegeben wird!

Die Empfehlung dieser Katastrophenpolitik wird aufgebaut auf der unsterblichen Dolchstoßlüge. Herr Bram schreibt aus Genf:

„Waren wir denn wirklich besetzt am 11. November 1918? Wir standen tief im Felde des Landes, hatten die größten Siege erfochten, die meisten Gefangenen gemacht und die weitesten Gebiete erobert. Die objektive Feststellung der Wahrheit hat unlängst der namhafte Herausgeber der vornehmsten englischen Wochenschrift „Spectator“, Sir Loeb Strachan, gemacht, als er den Kriegsausgang „Siege ohne Niederlage“ nannte. „New York American“ schreibt, der Sieg Frankreichs sei „ein Unnennbares, an das kein vernünftiger Mensch glaube“. Sonderbar, gerade in Deutschland selbst sind die meisten Verfälscher des feindlichen Sieges zu finden. Dann aber haben die Erfüllungsparteien, besonders die Sozialdemokratie doch das Unglaubliche geleistet, um den Sieg Deutschlands zu vereiteln. Sie rühmen sich noch dessen. Schließlich haben sie, angesichts des Feindes eine Revolution entfacht, die Kardinal Faulhaber treffend „Reinhold und Verbrechen“ genannt hat.“

Das Zerbrechen der deutschen Waffen im frühesten Augenblicke des Krieges ist eine dem Feinde gebrachte bewaffnete Hilfe. Die Leute, die das getan und ihre Freunde, ihre Verbündeten sind es, die heute auf die von ihnen herbeigeführte Unterwerfung (nicht Niederlage) sich berufen und Erfüllung der feindlichen Wünsche fordern. Sie waren schon mitten im Kriege die Helfer des Feindes.“

Diese Lüge will nicht verstummen, so handgreiflich sie ist. Immer wieder muß ihr die Tatsache entgegengesetzt werden, daß die Oberste Heeresleitung es war, die am Zusammenhalt der Front verzweifelte und von der Regierung in Berlin, an der Vertreter der Erfüllungsparteien teil hatten, Waffenstillstandsverhandlungen forderten. Am 3. Oktober 1918 telegraphierte Hindenburg an die Regierung, die noch nicht so pessimistisch war, wie er selbst:

„Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 28. September d. J. geschehenen Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen.“

Infolge des Zusammenbruches der mozedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westfronten und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festbesetzt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und

kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubreden, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nützlose Opfer zu ersparen. Jeder veräumelte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.“

Zur weiteren Widerlegung der unsterblichen Dolchstoßlüge verweisen wir auf die Zusammenstellung von Dokumenten, die E. Rüttner unter dem Titel „Der Sieg war zum Greifen nahe“ herausgegeben hat. Die Grundzüge der Empfehlung der Katastrophenpolitik ist die systematische Täuschung des Volkes über die Geschichte des Kriegsendes. Auf so unglücklicher Basis wird eine noch unsolidere Politik empfohlen, die schließlich nur neue Schreden zu den alten fügen müßte.

Mieter und Sozialdemokratie.

Der Vorstand des Mieterbundes zur Reichstagswahl.

Am Sonntag tagte in Berlin der Gesamtvorstand des Deutschen Mieterbundes. Von den zur Annahme gelangten Entschlüssen heben wir folgende hervor:

„Der Vorstand stellt fest, daß große politische Parteien, deren Wähler zu einem erheblichen Teile den schwer um ihre Existenz ringenden Volksteilen angehören, die berechtigten Forderungen der Mieterschaft hinsichtlich der Regelung des Wohnungswesens, insbesondere auch der Mietzinsbildung, nicht nur gänzlich unbeachtet, sondern sogar, zum Teil durch Ausübung des Fraktionszwanges bei den Abstimmungen in den Parlamenten, bekämpft haben. Der Vorstand vertritt die Auffassung, daß die parteipolitische Neutralität der Mieterbewegung nicht dazu führen darf, daß Freunde und Gegner der Mieterbewegung bei den kommenden Wahlen gleichmäßig behandelt werden. Er ist vielmehr der Überzeugung, daß die Mieterschaft reiflos darüber aufgeklärt werden muß, wo ihre Freunde und wo ihre Gegner sitzen, damit sie ihre Abstimmung danach einrichten kann. Die künftige Zusammenfassung der Volksovertretungen ist entscheidend für das Schicksal des Mieterschutzes und für die Regelung des Wohnungswesens.“

Der Vorstand erwartet deshalb von der deutschen Mieterschaft, daß sie bei den kommenden Wahlen zu den Volksovertretungen die Konsequenzen aus der bisherigen Haltung der politischen Parteien zur Mieterschutzgesetzgebung zieht und die Mieter nur denjenigen Parteien und Abgeordneten ihre Stimme geben, die eine Gewähr dafür bieten, daß sie für die Forderungen der organisierten Mieterschaft mit Entschiedenheit eintreten werden.“

Betrachtet man die Haltung der bürgerlichen Fraktionen zur Mieterschutzgesetzgebung, dann kann für keinen Mieter Zweifel darüber bestehen, welcher Partei er seine Stimme geben muß. Immer wieder hat die Sozialdemokratie im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien nicht nur die Innehaltung der Mieterschutzgesetzgebung gefordert, sondern auch Vorschläge zur Erleichterung der den Mietern auferlegten Lasten gemacht. Wir brauchen u. a. nur daran zu erinnern, daß sie es auch war, die im Reichstag beantragte, die in der dritten Steuerreformverordnung vorgegebene Kreissteuer zu streichen und die dem Etat dadurch entgehenden Mittel durch Belastung der besitzenden Schichten bereitzustellen.

A. Bedingungen für die Lieferung von Elektrizität aus dem Leitungsnetze der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke Akt.-Ges.

Abzählerstandaufnahme im April 1924.

§ 1. Stromlieferung. Die Elektrizität wird den Abnehmern regelmäßig zu jeder Nacht- und Tagzeit geliefert.

Sollte der Abnehmer infolge Feuergefahr, Naturereignisse, Krieges, Streikes, Ausfalls oder sonstiger Umstände, die sie nicht zu verhindern vermögen (höhere Gewalt), die Erzeugung oder Fortleitung der Elektrizität nicht möglich sein, so ruht ihre Verpflichtung zur Lieferung so lange, bis die Störungen und deren Folgen beseitigt sind.

Eine Entschädigung für nicht erhaltene oder mangelhafte Stromlieferung oder den Erlös von Gebäuden oder Hausgrundstücken kann der Abnehmer in keinem Falle beanspruchen.

Außerdem hebt der Gesellschaft das Recht zu, zum Zwecke der Prüfung und Anbahnung von Anlagen vorübergehend den Betrieb ganz oder teilweise einzustellen.

§ 2. Herstellung der Hausanschlüsse. Die Herstellung der Anschlüsse von den Verteilungsleitungen in den Straßen bis an die Hauptzählung in den Grundstücken einschließlich, sowie etwaiger hieran notwendig werdende Änderungen und Ausbesserungen dürfen nur durch die Gesellschaft erfolgen.

Zu den Kosten der Hausanschlüsse bis zu 7 m Reibellänge trägt die Gesellschaft, sofern nach ihrer Ansicht ein angemessener Stromverbrauch zu erwarten ist, bis zu 50 Prozent der Kosten. Den Restbetrag sowie die Kosten für eine event. Verdrängung der bei der Herstellung der Anschlüsse zu zahlenden. In jedem Falle bleiben die Hausanschlüsse Eigentum der Gesellschaft.

Abnehmer, für deren Elektrizitätslieferung die Aufstellung eines besonderen Transformators erforderlich ist, haben der Gesellschaft einen hierfür geeigneten Raum kostenlos zur Verfügung zu stellen und ohne Rücksicht auf die Kosten, daß die Gesellschaft vom dem Transformator aus in den Grundstücken Leitungen über ihr Grundstück führt.

§ 3. Instandhaltung. Die Instandhaltung der Installation ist den Abnehmern überlassen; sie muß unter Beachtung der von der Gesellschaft hierfür festgesetzten Vorschriften durch qualifizierte Installateure erfolgen. Ein Vergleich der Installateure kann bei der Gesellschaft eingeleitet werden.

Die Prüfung der Pläne und die Kontrollmessungen vor Anschluss der Anlagen liegen ausschließlich der Gesellschaft ob; auch behält sich die Gesellschaft vor, die Ausführung der Installationsarbeiten zu übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Ausführung der Elektrizität solange zu verweigern, bis die von ihr verlangten Änderungen ausgeführt sind. Durch die Prüfung, die Überwachung und den Anschluss übernimmt die Gesellschaft keinerlei Verantwortung für Feuer- oder sonstige Schäden, die auf die Installationsarbeiten zurückzuführen ist. Die Gesellschaft allein ist berechtigt, Neuanlagen anzuschließen, in Betrieb befindliche Leitungen abzuschneiden oder abgeschaltete Leitungen wieder in Betrieb zu setzen.

Die Eigentümer der Hauptleitungen sind verpflichtet, den Anschluss von Abweizen und den Einbau von Verteilungsbühnen in der Nähe des Landes einschließlich jederzeit kostenlos zu gestatten. Bestehende Bestimmungen gelten sinngemäß auch für Erweiterungen und Änderungen.

§ 4. Instandhaltung und Revision der Anlagen und Apparate. Der Abnehmer hat für die Instandhaltung der von ihm benutzten Einrichtung Sorge zu tragen, gleichviel, ob sie ihm oder der Gesellschaft gehört; in letzterem Falle hat er sie gegen Feuergefahr versichern zu lassen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, die gesamten Anlagen jederzeit nachprüfen zu lassen. Den Angehörigen der Gesellschaft muß unweigerlich der Zutritt zu allen Abnehmern gestattet werden, in denen sich Leitungen oder Teile der Installation befinden.

§ 5. Zähl- und Schaltapparate. Die zur Messung des Verbrauches bestimmten Zähler und Schaltapparate werden von der Gesellschaft kostenlos aufgestellt und den Abnehmern vorbehalten.

Der Gesellschaft allein steht die Entscheidung über Zahl, Größe, Ort und Art der Aufstellung der Zähler und Schaltapparate zu. Zur Sicherung der Zähler sind ausschließlich Angehörige der Gesellschaft berechtigt, die sich auf Verlangen durch eine Bezeichnung der Gesellschaft ausweisen lassen.

Die Abnehmer haften der Gesellschaft für jeden durch Beschädigung oder Verlust von Zählern entstehenden Schaden, gleichviel, ob die Beschädigung oder der Verlust des Zählers auf ein Verschulden des Abnehmers zurückzuführen ist. Im Falle des Verlustes eines Zählers

haben die Abnehmer den zur Beschaffung eines entsprechenden Zählers erforderlichen Betrag zu zahlen. Die Gesellschaft trägt nur die Kosten der regelmäßigen Instandhaltung der Zähler.

Alle Handlungen an dem Zähler durch andere Personen als die Angehörigen der Gesellschaft, sowie die Übung oder Beschädigung der von der Gesellschaft angebrachten Wunden sind verboten.

Die Herstellung des Zählerstandes erfolgt durch die Zähler. Die Zähler sind versichert, das Ergebnis der Messung dem Abnehmer bekanntzugeben.

Kann sich der Abnehmer durch die Angaben des Zählers für berechnigt, so kann er dessen Prüfung beantragen. Mit dem Antrag auf Prüfung der Zähler gestellt werden muss, ein Gebühre von 10.— Goldmark für jeden Zähler ohne Unterhalt der Arbeit einzulösen. Falls die Prüfung ergibt, daß die mittlere Abweichung vom Sollwerte mehr als 6 Prozent beträgt, wird die Gebühr dem Abnehmer zurückerstattet.

Werden infolge von Störungen, die ihre Ursache in dem Zähler selbst haben, mittlere Abweichungen von mehr als 6 Prozent zu erwarten oder ungenügend des Abnehmers festgestellt, so findet im Verhältnis der ermittelten Abweichung eine Nachforderung oder Anderrückzahlung, höchstens jedoch für die letzten drei Monate, statt. Die dreimonatliche Frist läuft von der Festsetzung der Störung durch die Gesellschaft oder, falls eine Beanstandung seitens des Abnehmers erfolgt ist, vom Tage des Eingangs derselben bei der Gesellschaft.

In gleicher Weise, jedoch nicht mit zeitlicher Begrenzung, wird abgedeckt, wenn der Grund der Abweichung außerhalb des Zählers liegt.

Beitritt ein Zähler, so wird nach Wahl der Gesellschaft unter Billiger Berücksichtigung glaubwürdiger Angaben des Abnehmers entweder der Verbrauch im gleichen Zeitraum des Vorjahres oder das Mittel aus den Angaben des Zählers während der letzten Abrechnungsperiode vor dem Stöberbleiben und der ersten Abrechnungsperiode nach Behebung der Störung der Berechnung zugrunde gelegt.

Für Nachträge anderer Art oder Nachforderungen für den Verbrauch von Elektrizität, wie Konstanten, Leistungszähler u. dergl. gelten die vorstehenden Bestimmungen sinngemäß.

§ 6. Strompreis. Die Gesellschaft macht das zum Ende jedes Monats den Strompreis, der vom Tage der in diesem Monat festgestellten oder noch erzielbaren Zählerabrechnung ab gültig ist, öffentlich bekannt. (Siehe Tarif). Erfolgt eine beratige Geländemessung nicht, so bleiben die bisherigen Sätze bestehen.

§ 7. Zahlungsbestimmungen. Die Bezahlung der Rechnungen hat monatlich zu erfolgen, sofern nicht die Zahlungen nach Wahl der Gesellschaft in kürzeren oder längeren Zeitabständen zu leisten sind. Die Rechnungen sind bei Vorlage fällig. Für jede weitere Rechnungsperiode wird eine Gebühr von 1.— Goldmark erhoben. Entsteht über die von der Gesellschaft geforderten Beträge Streit, so hat der Abnehmer auf Verlangen der Gesellschaft die Beträge unter dem Vorbehalt der Nachforderung zu zahlen.

Die Gesellschaft behält sich vor, jederzeit eine Vorauszahlung in der Höhe des Rechnungsbetrags im Vormonat zu verlangen.

§ 8. Sicherheitsleistung. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, zur Sicherung der Ansprüche der Gesellschaft eine von dieser zu bestimmende Sicherheit zu leisten.

Die Gesellschaft kann jederzeit eine Forderung der Sicherheit verlangen. Ueber die Einzahlung der Sicherheit wird eine Empfangsbescheinigung erteilt. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Sicherheit an den Eigentümer der Empfangsbescheinigung ohne Prüfung der Empfangsberechtigung zurückzugeben.

§ 9. Unbefugte Stromentnahme. Der Sicherheitschein von Elektrizität an Dritte ist ohne Genehmigung der Gesellschaft nicht gestattet. Der Abnehmer ist nicht berechtigt, ohne Zustimmung der Gesellschaft Elektrizität aus einer anderen Stromquelle als deren Leitungsnetz zu beziehen. Auch ist es nicht gestattet, mechanische Arbeit walztweise einem von der Gesellschaft versorgten Elektromotor oder einer anderen Kraftquelle zu entnehmen.

Wird in einer Anlage ganz oder teilweise Elektrizität aus dem Leitungsnetz der Gesellschaft entnommen, ohne daß für die Messung Apparate aufgestellt sind, oder werden die hierfür aufgestellten umgangen, oder werden vor Abnahme der Anlage durch die Gesellschaft Leitungsverbindungen hergestellt, die eine Stromentnahme ermöglichen, so behält sich die Gesellschaft vor, neben einer strafrechtlichen Anzeige und der ab-

rechnung der Voltmeter (10), sowie der tarifmäßigen Berechnung des zu Unrecht verbrauchten Stromes eine Vergütung zu fordern. Die Vergütung bemisst sich nach dem Umfang des unzulässigen Anschlusses und der Dauer der unbefugten Stromentnahme unter Zugrundelegung des jeweiligen Strompreises, mindestens beträgt sie 100 Goldmark. Neben der Vergütung oder Dauer der unbefugten Stromentnahme ist die Entschädigung für ein volles Jahr bei täglich 24stündiger Benutzung zu ermitteln.

In den Fällen der Zusammenfassung ergibt § 2 Absatz 2. heißt der Gesellschaft ein Anbruch an eine Versorgungsanlage in Höhe desjenigen Betrags zu, der für die anderweitig bezogene Elektrizität oder mechanische Arbeit nach dem jeweiligen Strompreis der Gesellschaft an die zu zahlen gewesen wäre.

§ 10. Einwirkung der Stromlieferung. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Lieferung der Elektrizität oder Einwirkung einer Frist einzustellen und vom Betrage zurückzuziehen, wenn der Abnehmer

1. eigenmächtig Änderungen in den bestehenden Einrichtungen vornimmt,

2. unbefugte Strom entnimmt,

3. den Angehörigen der Gesellschaft den Zutritt zu den Anlagen irgendwelcher Art, insbesondere zu den Zählern ungebührlich verweigert oder unmöglich macht,

4. die Anlagen unzulässig in die Öffentlichkeit stellt,

5. die von der Gesellschaft festgesetzte Sicherstellung nicht leistet,

6. den Anschluss weiterer Anlagen an den Hausanschluss verhindert. Die Einwirkung der Stromlieferung kann auch dann erfolgen, wenn in der Anlage eine gefährdende oder den Betrieb der Gesellschaft erschwerende Störung eintritt oder zu befürchten ist.

Die Gesellschaft ist berechtigt, die Wiederherstellung von der Zahlung eines Betrags von 5.— Goldmark abhängig zu machen.

§ 11. Kündigung. Die Kündigung zur Entnahme von Elektrizität erstreckt sich auf die Dauer eines Jahres mit Inbetriebnahme der Anlage und auf die gesamte an das Leitungsnetz angeschlossene Installation. Nach Ablauf dieses Jahres kann das Vertragsverhältnis unter Einwirkung einer Frist von 14 Tagen zu jedem Monatsende gekündigt werden.

Falls der Abnehmer die Anlage ohne Kündigung aufgibt und ein weiterer Stromverbrauch stattfindet, bleibt der Abnehmer für die Zahlung des durch den Zählerstandes als verbraucht nachgewiesenen Stromes haften.

§ 12. Gerichtsstand. Für alle Rechtsstreitigkeiten zwischen den Abnehmern und der Gesellschaft ist das Amtsgericht Berlin-Mitte bzw. das Landgericht I Berlin ausschließlich zuständig.

§ 13. Änderung der Bedingungen und Mitteilungen an die Abnehmer. Änderungen und Ergänzungen der vorstehenden Bedingungen bleiben vorbehalten. Diese Änderungen und Ergänzungen sowie sonstige Mitteilungen an die Abnehmer oder bestimmte Gruppen der Abnehmer werden durch den Reinsanzeiger und das Gemeindeblatt bekanntgemacht.

B. Tarif.

Die Elektrizität wird zum Preise von 0,18 Goldmark je Kilowattstunde ohne Unterchied des Stromverbrauches geliefert. Kunden, die sich ohne Rücksicht auf den Stromverbrauch eine monatliche Grundgebühr erheben, deren Höhe sich nach der Größe jedes in der Anlage aufgestellten Zählers richtet.

Die Grundgebühr beträgt monatlich für einen Zähler bis zu

Für jedes weitere Kilowatt Reichreich über 20 erhöht sich die Grundgebühr um 2,50 Goldmark monatlich. Eine Goldmark = 10/12 USA Dollar amtlicher Notierung am Zahlungstag.